AUF GEHT'S! Diese Zeitung zur besten Deutschlands machen. **ABO! SEITE 15**

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 53 ab Samstag, 3. Juli 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 53. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Die Demokratiebewegung wächst international und in Deutschland. Vergangenes Wochenende demonstrierten nun über eine Million Engländer gegen die Corona-Terrorherrschaft. 24. JULI KASSEL!

LONDON STEHT AUF!



Die Briten machen die Sache klar: »Masken ab. Gebt endlich auf!« Über eine Million widerständiger Demokraten strömte vergangenen Samstag zum Hygienespaziergang durch London. Der Gesundheitsminister Hancock trat zurück.

Die Basisdemokraten von »Save Our Rights UK« fordern Grundrechte und Wissenschaftlichkeit. Vor allem aber die Wahrung des medizinischen Selbstbestimmungsrechtes über den eigenen Körper. Dies in Form einer »Medical Freedom Bill«. Der Corona-Putsch zur Überlagerung der Finanzmarktprobleme steht in England vor dem völligen Aus. Mit der Demo vom Wochenende setzte sich das Vereinigte Königreich an die Spitze der weltweiten Demokratiebewegung, die seit dem 28. März 2020 gegen das Corona-Regime aufsteht.

Für den 24. Juli wird eine weitere Steigerung bis hin zum Sturz des Regimes erwartet. An jenem Tag wird in 180 Städten weltweit für die Freiheit demonstriert werden, in Deutschland zentral in Kassel.

➔ Berichte aus London, Seite 4 • *English readers, page 7*
➔ Angriff auf Richter und Basiskandidaten, Seiten 6/7
➔ »Nach den Wahlen kommt das Zahlen«, Seite 10

Der Freiheitsmarsch
Das Corona-Regime fälscht, lügt und verleumdet. Doch die Demokratiebewegung lässt sich nicht mehr aufhalten. In England brach sich am Wochenende das Volk in Form von »Save Our Rights UK« Bahn (Foto von Helikopteraufnahmen des »March for Freedom«). In Deutschland ist die Verfassungserneuerung mit rund 5.000 Demos seit März 2020 im Kommen – von Gruppenstärke bis vielfacher Millionenstärke.
➔ Demokalender Seite 6

Wie tödlich ist das Impfen?

Professor Sucharit Bhakdi, Rechtsanwalt Elmar Becker und Dr. med. Ronald Weikl im DW-Interview, *Panoramaseiten 12/13.*

NICHTOHNEUNS.DE

Kämpferinnen mit Lebenserfahrung

Der Preis der Republik geht an Doris und Aya

LAUDATIO | Von Ronja Palmer



Doris (83) und Aya (78) sind zwei Widerstandskämpferinnen der ersten Reihe. Unerschrocken und mit einer bewundernswerten Energie marschieren sie auf den Demo-Umzügen viele Kilometer durch Berlin, halten Reden und singen für uns. Sie stehen für den Mut und die Weisheit der älteren Generation und setzen ein starkes Zeichen für die Demokratiebewegung.

Doris sagt zu ihrem Engagement: »Das Wichtigste ist für mich, dass den Kindern geholfen wird.« Sie selbst ist Mutter von sieben Kindern, vier leiblichen und drei adoptierten. Ihre Eltern waren in der NS-Diktatur im Widerstand — Doris hat schnell Parallelen zur heutigen Zeit gesehen. Sie erkannte: Die Corona-Politik hat nichts mit Gesundheit zu tun. Sie sagt von sich: »Ich bin ein Mensch, der ganz wenig Angst hat — auch vor dem Tod. Ich habe viel Vertrauen und ich lasse mich auf keinen Fall impfen.« Ihre Lebenseinstellung inspiriert. Ihr Geheimrezept für Ruhe und Gelassenheit? — Die tägliche Meditation.

Aya bekam ihren Namen von einem indigenen Stamm im Himalaja, bei dem sie zusammen mit ihrem Mann lebte. Früher war sie nicht politisch, doch jetzt treibt sie die Empörung über die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen auf die Straße. »Ich kann nicht einfach zu Hause sitzen, denn die alten Leute geht das genauso an. Ich will mit gutem Beispiel vorangehen«, so Aya. Auf den Demonstrationen wird sie oft von ihrer Tochter und ihrer Enkelin begleitet. Mit ihr seien das schon drei Generationen im Widerstand, erzählt sie stolz. Sie hoffe, dass ihr Aktivismus auch andere ältere Menschen dazu motiviere, Gesicht zu zeigen.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Doris und Aya. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um *nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de*, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 53. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch '21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Über Freiheit

EINWURF *von Werner Köhne*

Manchmal findet ein ideologisch verbrauchter Begriff zurück zu neuer Strahlkraft.

So war es mit dem Begriff der Freiheit: Er wurde zwei Jahrzehnte lang vom Neoliberalismus ruiniert oder von Herrn Gauck zur Abrechnung mit allem, was nach Enteignung roch, genutzt. Fragwürdig wirkte einst schon Luthers skurrile Losung von der »Freiheit eines Christenmenschen« – eine Freiheit, die der Reformator so sehr in das Innere eines Individuums verlegte, dass sie von dort keinen Weg in politische Außenwirkung ermöglichte. Da hielt es Luther mit den Mächtigen und die duldeten keine Freiheit.

Der Philosoph Kant postulierte dann einen Freiheitsbegriff, der eine Einheit mit Vernunft und Moral forderte: Nur wer vernunftgemäß und moralisch handelt, ist frei, so lautete Kants hoch idealistisches Konzept von Freiheit. Ach wie schön und – weltfremd.

EINE LANZE FÜR DEN WIDERSTAND

Die Deutschen im neunzehnten Jahrhundert missdeuteten dann die Freiheit als eine pure nationale Errungenschaft, was dieser gar nicht gut bekam. Deutsch mutet auch an, dass mit der landläufigen Fassung »vogelfrei« schon im Mittelalter hierzulande eine negative Assoziation verbunden war. Das schien auch auf Sartres Satz »Der Mensch ist verdammt zur Freiheit« zuzutreffen. Ein Diktum, das Existentialisten einst in schwarzem Rolli und mit Hilfe einer betörenden Juliette Greco unter die Leute brachten.

In diesem Zusammenhang heute von der Freiheit eines Corona-Gläubigen zu reden, wäre vermessen, setzt dieser doch seinen Glauben an das Gespenst der Inzidenz über jegliche Freiheit. Wer die Schrumpfung des Individuums auf die Maßeinheit einer digitalen Datenmenge predigt, betreibt das Geschäft der Unfreiheit ebenso wie jene, die Masken und Panik verordnen.

Freiheit gilt für diese Leugner der »Conditio humana« schon lange nicht mehr. Wie aber könnte sie wieder mit Glanz verbunden werden? Dazu ein – zugegeben – provozierendes *Statement* von Paul Nizan: »Leben kann man nur inmitten einer Bewegung, die die Welt anklagt. Die Welt zu akzeptieren, bedeutet Tod.«

Letzteres dürfte besonders für heute gelten, wo Menschen an Unfreiheit systematisch gewöhnt werden. Widerstand ist da so wichtig wie freies Atmen.

Dr. Werner Köhne geht auf Lesereise! Einladungen erbeten an: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

»Zehnmal mehr Todesfälle durch die *Lockdowns*«

Dr. Knut Wittkowski arbeitete als Infektionsepidemiologe und Biostatistiker an der Rockefeller-Universität, New York.

Keine Einzelmeinung: Der renommierte Epidemiologe Knut Wittkowski stellt Regierungen und Konzernmedien ein vernichtendes Zeugnis aus. | Interview von Sarah Schmidt

DW: Was lief bisher im Umgang mit der Pandemie schief?
Knut Wittkowski: *Lockdowns*. Alle Formen der Versuche, die Ausbreitung der Epidemie zu verlangsamen, tragen dazu bei, die Zahl der Todesfälle drastisch zu erhöhen. Ich beziehe mich jetzt mal auf die USA. Das kann man leicht auf die deutsche Situation übertragen. Hätte die Regierung nichts gemacht, mit der einzigen Ausnahme, die Altersheime zu isolieren, dann hätte es in den USA insgesamt circa 50.000 Tote gegeben. Im Augenblick sind wir bei 600.000 und die Zahlen steigen weiter an. Das bedeutet, dass die Regierungen durch ihre unsinnigen Freiheitsbeschränkungen die Zahl der Todesfälle mehr als verzehnfacht haben.

Was hätte gemacht werden sollen?
Wenn sich nur die Alten und Kranken isoliert hätten, hätte sich der Virus unter den Jungen und Gesunden ausgebreitet. Etwa 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung hätten ein oder zwei Tage die Grippe gehabt und dann wäre die ganze Geschichte vorbei gewesen, weil wir Herdenimmunität erreicht hätten. Und von den Alten und Schwachen wären sehr wenige betroffen gewesen. Wenn jetzt alle ihrer Freiheit beschränkt werden, haben die vulnerablen Gruppen keinen Vorteil davon. Denn dann breitet sich der Virus in allen Bevölkerungsgruppen gleich aus. Im Endeffekt infizieren sich so viel mehr gebrechliche Menschen, und das sind die, die sterben. Das ist Basis-Epidemiologie.

Gibt es denn überhaupt sinnvolle *Lockdowns*?
Wenn man die Gefahr vor Augen hat, dass das ganze Gesundheitssystem zusammenbricht, dann ist ein *Lockdown* vertretbar. Ich kann sogar verstehen, dass die Menschen und Regierungen im letzten März Angst hatten, weil die Situation in Italien nicht gut aussah. Nur hat das Land auch eine spezielle Situation. Nach Japan hat Italien die älteste Bevölkerung von allen Staaten in der Welt. Das andere Problem ist, dass das Gesundheitssystem bei Weitem nicht so robust und so gut ausgestattet ist wie in Deutschland. Doch schon im April hätten die Menschen aufatmen können. In den USA hat Robert Redfield, der damalige Direktor der *Centers for Disease Control* (Seucheneindämmungsbehörde, Red.), am 17. April 2020 wichtige Daten zum Coronavirus im Weißen Haus vorgelegt.

Was hatten sie heraus gefunden?
Es wurde klar, dass der Spitzenwert der Anzahl an Covid-Patienten in Krankenhäusern bereits Geschichte war. Es gab keine Menschen mehr, die im Krankenhaus erschienen. Damit hätte man zu dem Zeitpunkt einfach aufhören können mit den *Lockdowns*. Es hätte drei bis vier Wochen *Lockdown* gegeben und das wäre nicht so dramatisch gewesen. Doch wenn die Epidemie länger dauert als drei Monate, dann ist das genug Zeit für den Virus, Fluchtmutationen zu entwickeln. So wird der Virus resistent gegen die Herdenimmunität, die die Menschen entwickelt haben. Es entsteht ein neuer Virus und der breitet sich genauso aus wie der Virus davor. Das heißt, dass die *Lockdowns* erfolgreich einen neuen Virus produziert haben. Das ist dann noch weitere Male passiert.

Was sagen Sie zu den unterschiedlichen Mutanten und ihrer Gefährlichkeit?
Es könnte Mutanten geben, die sich besser ausbreiten. Das ist möglich und das ist gut für den Virus, da der Virus versucht, seine Ausbreitungs-Chancen zu verbessern. Aber da ist auch ein sehr positiver Aspekt dabei. Ein Virus, der den Menschen umbringt, reduziert die Chance, sich auszubreiten. Das heißt: Alle Infektionen, die zum Tode führen, sind schlecht für den Virus. Wenn die Menschen richtig krank sind und zu Hause bleiben, ist das auch nicht gut für den Virus. Das Beste für den Virus ist: Alle werden angesteckt und keiner merkt es. Das ist das Ziel von Viruskrankheiten. Im Laufe der Zeit werden sie immer unauffälliger. Wir leben mit Hunderten von Viren. Das kriegen wir nicht mal mit.

Was sagen Sie zu den aktuellen Impfungen?
Impfungen helfen, wenn Impfungen wirken. Mit einer Impfung verkürzt man den Zeitraum bis zur Herdenimmunität. Wenn das schnell genug geht, dann ist das sinnvoll. Außerdem ist es wichtig, dass man die richtigen Leute impft. Jemand, der schon Antikörper hat, muss nicht mehr geimpft werden. Kinder sollten nicht geimpft werden, da sie nicht krank werden. Es ist auch kein Argument, dass man die Ausbreitung verhindert. Wir wollen die Ausbreitung ja haben. Je schneller sich der Virus ausbreitet, desto schneller ist es vorbei. Doch es gibt ein weiteres Problem: Impfungen verkürzen die Zeit bis zur Herdenimmunität und *Lockdowns* tun das Gegenteil. Wenn man also beides zur gleichen Zeit macht, macht das ungefähr so viel Sinn, wie wenn man im Auto sitzt und gleichzeitig aufs Gas und die Bremse tritt.

Das Handeln der Politik scheint genau das Gegenteil von dem zu bewirken, was der Bevölkerung nützen würde. Wann endet dass?
Als Epidemiologe kann ich Ihnen sagen, was eine Epidemie macht. Ich habe nicht den blassesten Schimmer, was Politiker machen. Das Problem ist, dass die Politiker im Juni gewusst haben, dass die ganzen *Lockdowns* Unsinn sind. Das Dumme ist, dass sie dann hätten eingestehen müssen, dass sie einen Fehler gemacht haben. Doch ein Politiker tut alles, um nicht einzugestehen, dass er einen Fehler gemacht hat. Also musste man weitermachen, bis man einen Punkt erreicht hat, um zu sagen: Das ist das, worauf wir gewartet hatten. Dummerweise hat das mit den Impfstoffen nicht funktioniert.

Warum?
Es sah auch erstmal gar nicht so schlecht aus. Aber im Augenblick sind wir an einem Punkt, wo jeder sehen wird, dass die Impfstoffe – zumindest die, die wir jetzt haben – nicht wirken. Und die Industrie hat gesagt, dass wir erst gegen Ende des Jahres neue Impfstoffe haben werden. Aber bis dahin haben wir auch neue Viren und irgendwann kriegt das auch der Dümmste mit. All das mit den griechischen Buchstaben. Ich habe mal chinesische Zeichen vorgeschlagen, die reichen dann wenigstens für ein paar Jahre. Die Lösung wäre, dass wir den Politikern eine goldene Brücke bauen. Die brauchen jetzt etwas anderes als einen Impfstoff. Wir müssen den Politikern etwas an die Hand geben, das einen Ausweg bedeutet. Es gibt einen Ausweg aus dieser Krise. Die Politiker müssen es nur wollen.



Sarah Schmidt ist studierte Germanistin und Philosophin. Sie arbeitet als freie Journalistin für Radio und Print.

MELDUNG

»SCHLUSS MIT DEM WAHN«

Frankfurt/DW. Der Chef des Frankfurter Gesundheitsamtes, Prof. René Gottschalk fordert im aktuellen *Ärzteblatt* sowohl Maskenpflicht als auch Testpflicht an Schulen abzuschaffen. Dass »asymptomatisch infizierte Kinder häufig den Virus übertragen, hält sich hartnäckig«, so der Mediziner. Dafür gebe es jedoch »keine Daten, die diese Befürchtung jemals belastbar bestätigt haben«. Man müsse auch darüber hinaus vom »Test-, Überwachungs- und Regelungswahn« Abstand nehmen: »Keine anlasslosen Tests mehr bei asymptomatischen gesunden Menschen. Keine umfangreichen Isolierungs- und Quarantänisierungsmaßnahmen aufgrund fragwürdiger Tests, zu denen die Gesundheitsämter entgegen besserem, aber von der Politik ignorierten, Wissen verpflichtet waren. Keine umfassenden einschränkenden Maßnahmen aufgrund immer wieder neuen Inzidenzen.« (hes)

DEMOKRATEN SIND KEINE KILLER

Berlin/DW. Die Großdemos der Demokratiebewegung in Leipzig und Berlin Ende 2020 haben nicht zu einer höheren Inzidenz in den Gemeinden geführt, aus denen die Demonstranten kamen. Zu diesem Schluss kommen die Wissenschaftler Lennart Kraft und Dr. Michael Niekamp der Universität Frankfurt in ihrem Arbeitspapier vom 14. Juni 2021. Darin setzen sie sich zudem kritisch mit den Wissenschaftsaktivisten Martin Lange und Ole Monscheuer auseinander, die Demonstranten als Virenschleudern verfemten. (rop)



Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)

Wechsel des Bezugszeitraums; 2020/2021; 2017 - 2020 Ø; 2016 - 2019 Ø; 2016 - 2019 (min./max.); 2017 - 2020 (min./max.); 2020/2021 (darunter COVID-19); 0 – 30 000; 2020 KW 26; 2020 KW 52; 2021 KW 25

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 28.06.2021), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 25.06.2021)

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

NOTSTANDSGESETZE OHNE NOTSTAND

Berlin/DW. Der Bundestag beschloss in der Nacht des 24. Juni 2021, dass die Grundrechte auch dann mittels Infektionsschutzgesetz außer Kraft gesetzt werden können, wenn keine »epidemische Lage von nationaler Tragweite« mehr vorliegt. So kann der Gesundheitsminister bis ein Jahr nach Ende der »der epidemischen Lage« per Verordnung die Reisefreiheit aushebeln. Die Änderung des Infektionsschutzgesetzes wurde hastig als Zusatz zur Reform des Stiftungsrechtes eingebracht. Dies empörte selbst die regierungstreuen Oppositionsparteien. Für das Gesetz stimmten 212 Abgeordnete der CDU/CSU, 133 der SPD und 62 der Bündnisgrünen. Geschlossen dagegen stimmten die Fraktionen von AfD, FDP und Linkspartei. (hes)

MANÖVER ODER MOBILISIERUNG?

Brüssel/DW. Der US-Kriegspakt Nato hält im Sommer 2021 mehrere Manöver in Mittel-, Ost- und Südeuropa ab. Das meldeten Medien und die Nato auf ihrer Netzseite.

Zu den größten militärischen Vorgängen in Europa seit dem »Kalten Krieg« zählen die Kriegsmarinemanöver »Formidable Shield« (gewaltiger Schild) in der Ostsee und »Sea Breeze« (Meeresbrise) im Schwarzen Meer. Die Seemanöver sollen in der ablaufenden Woche begonnen haben. Die Armeeübungen »Noble Jump« (edler Sprung) in Bulgarien an der Grenze zur Ukraine, »Enhanced Forward Presence« (Erweiterte Vorwärtspräsenz) in Polen und im Baltikum sowie »Defender 21« (Verteidiger 21) in Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Tschechien, den jugoslawischen Ländern außer Serbien sowie Italien, Griechenland, Rumänien und weiteren Ländern. Im britischen Raum kommt das Manöver »Steadfast Defender« hinzu (standhafter Verteidiger).

Weiters nennenswert: Die Kommandopostenübung in Frankreich und Belgien sowie ein weiteres Marinemanöver vor der portugiesischen Atlantikküste. Russland soll Meldungen von *Zeit Online* zufolge rund 100.000 Soldaten an die ukrainische Ostgrenze verlegt haben. Der Fernsehjournalist Friedrich Küppersbusch kommentierte: »Im Dritten Weltkrieg möchte ich gern in der Vorrunde rausfliegen!« (ale)

RUMSFELD GESTORBEN

Santa Fe/DW. Der frühere Chefplaner der US-Kriege, Donald Rumsfeld, ist laut Medien am Dienstag 88-jährig in New Mexico gestorben. (ale)

Großdemo in London

Hunderttausende marschieren in London für die Freiheit. | Von H.M. St Clair, London

Am Samstag, den 26. Juni versammelten sich etliche Demonstranten im Londoner Hyde Park, um für Gesundheit in Freiheit durch die britische Hauptstadt zu marschieren. Die Schätzungen über die Teilnehmerzahl reichen von mehreren Hunderttausend bis zu weit über eine Million. Der Marsch wurde von verschiedenen britischen Gruppierungen organisiert, darunter StandUpX, Stop New Normal und Save Our Rights UK. *ReformTV* zeigte einen *Livestream* mit Hubschrauberaufnahmen, auf denen eine rund zwei Meilen (3,2 Kilometer) lange Menschenmenge zu sehen war.

In Großbritannien sollten eigentlich am 21. Juni alle Corona-Maßnahmen aufgehoben werden, doch diese wurden bis zum 19. Juli verlängert. Der Protest-Marsch war deutlich größer als der vergangene am 29. Mai. Die Stimmung war diesmal viel ernster und es war eine steigende Frustration zu spüren. Viele neue Teilnehmer schlossen sich dem Marsch an. Einige nahmen laut eigener Aussage zum ersten Mal an den Demos teil, die seit letztem Jahr monatlich stattfinden. Viele brachten selbst gebastelte Schilder mit, auf denen Sprüche zu lesen waren wie »Trust in Science« (deutsch: »Vertraut der Wissenschaft«) und »I don't want Matt Hancock's prick«. Deutsch: »Ich will Matt Hancocks Piks nicht«, wobei »prick« im Englischen mehrdeutig ist und sowohl Einstich einer Spritze als auch (Pardon, Red.) »Schwanz« oder »Arschloch« heißen kann. Matt Hancock ist der inzwischen ehemalige britische Gesundheitsminister, der noch am Tag der Demo seinen Posten räumen musste.

Die Marschroute war fünf Meilen (acht Kilometer) lang, mit dem Londoner Zentrum als Start- und Endpunkt. Sie umfasste verschiedene Zwischenstationen, darunter die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung sowie den Wohnsitz des ehemaligen Premierministers und begeisterten Impfpass-Befürworters Tony Blair.

Leider sorgten einige Pannen, von denen unklar ist, ob sie versehentlich oder absichtlich erfolgten, anfangs für Verwirrung. Die Demonstranten waren angewiesen worden, auf Feuerwerk zu achten, das den Startschuss für den Marsch signalisieren sollte. Doch eine Rakete wurde voreilig gezündet, so dass einige Teilnehmer zu früh losmarschierten. Darüber hinaus wurden die Dinge dadurch verkompliziert, dass am selben Tag noch einige andere Demos in London stattfanden, darunter Extinction Rebellion- sowie Pro-Palästina-Veranstaltungen. Einige Teilnehmer wurden unterwegs vom Marsch getrennt, woraufhin die Organisatoren später in den *Telegram*-Kanälen zugaben, dass die Anzahl der Ordner nicht ausreichte, um einer derart großen Menschenmenge den Weg zu weisen.

An einem Zwischenstopp wurden die Demonstranten dazu ermuntert, Tennisbälle, die mit Botschaften beschriftet waren, über die Tore des Parlamentsgebäudes zu werfen. Dies sollte als sichtbarer Beweis für die zahlreichen Anwesenden dienen, nachdem die *Mainstream*-Medien über die monatlichen Proteste nicht berichtet hatten. Die Bälle flogen rege aus der Menschenmenge heraus, und das leuchtend gelbe Meer, das sich daraus ergab, war ein beeindruckendes Bild.

Trotz einiger Hürden vereinigten sich schließlich alle wieder am Endpunkt im Hyde Park, um zu picknicken und in Gruppen zu meditieren. Viele fühlten sich beschwingt von der Erfahrung, gemeinsam mit so zahlreichen gleichgesinnten Friedenskämpfern marschiert zu sein, wobei sie einräumten, dass noch viel zu tun sei. Für gute Stimmung sorgten auch Berichte darüber, wie sich einkaufende Passanten am Piccadilly Circus dem Protest angeschlossen hatten und Autofahrer zum Zeichen ihrer Unterstützung gegenüber der vorüberziehenden Menschenmasse gehupt hatten. Es besteht die Hoffnung, dass sich der nächsten Demo in London am 24. Juli sogar noch mehr Menschen anschließen werden. Zeitgleich soll auch im deutschen Kassel und in 178 weiteren Städten weltweit demonstriert werden.

Bericht in englischer Sprache Seite 7.



Collage: Jill Sandjaja Fotos: Privat



1. Mai 2021: Weiße Rosen vor dem Weimarer Amtsgericht

Staat gege

Acht Hausdurchsuchungen an einem Tag. Die Geschädigten sind Wissenschaftler, Richter, Eltern, Bundestagskandidaten.

Das Corona-Regime dreht frei und lässt auch noch den letzten Hauch von Rechtsstaatlichkeit verziehen. Was war passiert? Ein Richter war für die Unabhängigkeit der Justiz eingestanden, hatte ein umfangreich begründetes Urteil gegen die Corona-Maßnahmen gesprochen und sieht sich nun verfolgt und ausgeliefert. Am Dienstag, 29. Juni, stand mal wieder eine Staatstruppe vor der Haustür des grundgesetztreuen Richters Christian Dettmar. Am gleichen Tag wurde unter anderem Prof. Ulrike Kämmerer, Gutachterin und Bundestagskandidatin der Partei Die Basis, heimgesucht.

Der Vorwurf: »Rechtsbeugung.« Der bedeutet, vorsätzlich das Recht falsch angewendet zu haben, um jemanden zu benachteiligen. – Ich frage bei Juristen nach: Ist es gängige Praxis, dass in dieser Form mit umstrittenen Urteilen umgegangen wird? Die Fachanwältin für Medizinrecht Beate Bahner antwortet dieser Zeitung: »Rechtsbeugung ist die Verletzung des Vertrauens der Bevölkerung in die Unverbrüchlichkeit des Rechts. Eine solche Rechtsbeugung liegt meines Erachtens tatsächlich vor: Allerdings begangen durch den Ermittlungsrichter, der die Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse gegen den Familienrichter und die

– zum Gedenken an Demokratie und Rechtsstaat.

en Richter

rechtmäßig am Verfahren Beteiligten erlassen hat. Wer die wissenschaftlich fundierte Feststellung von Kindeswohlgefährdung als Straftat ansieht und diese strafrechtlich verfolgt, beugt nach meiner Rechtsauffassung das Recht. Denn Kritik an einem Urteil wird durch Einlegung von Rechtsmitteln geübt, nicht durch Ausübung von polizeilicher Staatsmacht.« Da mit Prof. Ulrike Kämmerer und Uli Masuth gleich zwei Bundestagskandidaten betroffen sind, kontaktiere ich den Basis-Pressesprecher David Siber. Er sieht in dem Vorgehen einen »gezielten Versuch kritische Menschen und Richter in die Spur zu bringen«. Er sieht aber auch politisches Kalkül. »Man scheint in den alten Parteien dazu bereit zu sein, mit allen Mitteln eine größere Bürgerbeteiligung verhindern zu wollen.«, so Sibert. »Das war ein grober Eingriff in die Bundestagswahl«, die Abgeordneten sollten eingeschüchtert werden.

Der Fall »Staat gegen Richter« wird wohl spannend bleiben. Mit dem Hamburger Anwalt Gerhard Strate hat Familienrichter Christian Dettmar renommierte Unterstützung gefunden. Strate ist spezialisiert auf Verfassungsbeschwerden und Wiederaufnahmeprozesse. Wenn das Maskenurteil Dettmars wieder zur Anerkennung gebracht wird, könnte dies das Ende des Maßnahmenregimes bedeuten. | *Hendrik Sodenkamp*

MENSCHLICHES, ALLZUMENSCHLICHES

Der britische Gesundheitsminister erträgt das Kussverbot nicht mehr. | Von Casey Koneth

Foto: zeitenwechsel.og

Erinnern Sie sich noch, wie der einstige französische Präsident François Hollande bei seiner Liebesaffäre mit der Schauspielerin Julie Gayet erwischt wurde? Ein Bild für die Boulevard-Götter: Der Präsident der République, getarnt mit einem Helm, fährt heimlich auf einem Motorroller zu einem *Tête-à-Tête* mit seiner Geliebten. Das war 2014. Und wissen Sie noch, wie der einstige US-Präsident Bill Clinton aufgrund seiner Sexaffäre mit der Praktikantin Monica Lewinsky fast sein Amt verloren hätte? Legendär. Das war 1998, ebenfalls weit vor der Corona-Ära.

Alle Welt ergötzte sich daran, dass auch die größten Machthaber keine Heiligen sind, sondern sich mitunter durch das, was sich unterhalb ihrer Gürtellinie befindet, steuern lassen. Kommt in den besten Kreisen vor. Es entlarvte sie als fehlbar, machte sie menschlich. Sie verstießen zwar gegen allgemeingültige Anstandsregeln, aber noch nicht gegen allseits verordnete Abstandsregeln. Das waren noch Zeiten!

Und heute? Der britische Gesundheitsminister Matt Hancock musste jüngst seinen Hut nehmen, da er von der Boulevardpresse dabei erwischt wurde, wie er eine Kollegin küsste. Dazu muss man wissen: Die beiden sind verheiratet, nur nicht miteinander. Doch wer nun denkt, das sei der Rücktrittsgrund: weit gefehlt. Zum Zeitpunkt der sogenannten Kuss-Affäre galt in Großbritannien ein Kontaktverbot zu Menschen aus anderen Haushalten. Und gegen dieses Kontaktverbot hat eben jener Gesundheitsminister verstoßen, der das Verbot verhängt hatte. Ist das nicht wunderbar? Ein Gesundheitsminister, der seine eigene Abstandsregel einfach nicht mehr erträgt. Damit ist Hancock selbst der wandelnde – um nicht zu sagen: küssende – Beweis, dass dieses ganze *Social Distancing* schlicht und ergreifend unmenschlich ist. *I love it!*

AUSGERECHNET HANCOCK SPIELTE SITTENWÄCHTER

Und es kommt noch dicker. Ausgerechnet der beim unrechtmäßigen Küssen erwischte Matt Hancock hatte sich im Mai letzten Jahres noch darüber echauffiert, dass ein anderer Brite gegen die Abstandsregeln verstoßen hatte: Prof. Neil Ferguson, Epidemiologe und seinerzeit Mitglied des Wissenschaftsrats der britischen Regierung. Er war aufgrund seiner apokalyptischen Modellrechnungen für die Kontaktsperre in Großbritannien verantwortlich. Sozusagen das britische Pendant zu unserem Drosten. Besagter Prof. Ferguson verstieß gegen die von ihm selbst empfohlene Kontaktsperre, indem er – genau! – seine Geliebte empfing. Woraufhin Gesundheitsminister Hancock sich empörte und sogar ein Strafverfahren gegen ihn forderte. Woraufhin Ferguson seinen Posten räumte. Tja, und ein Jahr später hält Moralapostel Hancock die Abstandsregeln nun selbst nicht mehr aus und muss gehen.

Hancocks Rücktritt wurde wiederum von Dominic Cummings befeuert, dem ehemaligen Chefberater von Premier Boris Johnson. Ehemalig, weil auch er vergangenes Jahr gegen die Corona-Regeln verstoßen hat, indem er während des *Lockdowns* im März 2020 mitsamt seiner Frau und seinem Sohn zu seinen Eltern fuhr. Ein Familienbesuch. Wo gibt's denn sowas?! Als diese strikt verbotene Aktion ans Licht kam, konnte er sich zunächst noch in der Downing Street halten, im November 2020 musste er schließlich seinen Schreibtisch räumen.

RÜCKKEHR ZUR MENSCHLICHKEIT

Wenn selbst diejenigen, die für die Abstandsregeln verantwortlich sind, die Regeln brechen, dann ist das, ja, Heuchelei. Aber auch: menschlich, allzu menschlich. Und es zeigt einmal mehr, wie sehr die Kontaktverbote gegen unser aller Menschsein verstoßen. In anderen Worten: Der eigentliche Skandal besteht nicht in den Regelverstößen, sondern darin, dass diese unmenschlichen Regeln überhaupt erlassen wurden. Sie gehören schnellstens abgeschafft. Dann gibt's vielleicht auch endlich mal wieder Skandale, die Spaß machen.



»Keine Masken, keine Niederschlüsse, keine Impfpässe, keine ausgedachten Varianten, keine asoziale Distanzierung, keine Propaganda.« Englischer Demokrat macht seinen Standpunkt klar – Schildaufschrift, Foto links. Rechts: »Heute fühle ich mich weniger allein, danke Euch allen fürs Hiersein.«



FURCHTBARE JURISTEN? EINSCHÜCHTERUNG DER JUSTIZ?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Am 29. Juni 2021 fanden acht Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit dem wegweisenden Weimar-Urteil des Richters Christian Dettmar statt. Für Dettmar war es schon die zweite Durchsuchung. Darüber hinaus richteten sich die Durchsuchungen auch gegen die Sachverständigen des Verfahrens, die Professoren Kämmerer, Kuhbandner und Kappstein. Deren Gutachten hatte Dettmar zur Begründung seines Beschlusses herangezogen.

Ebenfalls durchsucht wurde Richter Matthias Guericke in Weimar, der mit dem obigen Urteil in keinerlei Verbindung steht. Er hatte aber in einem anderen Fall im Januar 2020 einen Betroffenen wegen einer Ordnungswidrigkeit freigesprochen. Auch dieses Urteil war wegweisend.

RAZZIEN AUCH BEI BASIS-BUNDESTAGSKANDIDATEN

Doch damit nicht genug. Durchsucht wurde auch der Verfahrensbeistand der Kinder, deren Mutter und Herr Ulrich Masuth, mit der Begründung, Masuths Frau sei mit Richter Dettmar befreundet. Masuth und Frau Professor Ulrike Kämmer sind beide Bundestagskandidaten der Partei Die Basis. Der Verdacht einer politisch motivierten Durchsuchung liegt nahe.

BVG HATTE DETTMAR FÜR ZUSTÄNDIG ERKLÄRT

Begründet wurden die Durchsuchungen mit dem Verfahren wegen vermeintlicher Rechtsbeugung durch Richter Dettmar, aufgrund seines Urteils zur Kindeswohlgefährdung durch Corona-Maßnahmen an Schulen. Dies ist juristisch insofern interessant, als dass das Bundesverwaltungsgericht kürzlich die Rechtsansicht von Richter Dettmar bestätigte und derartige Verfahren den Amtsgerichten zuwies. Zwar hat das Bundesverwaltungsgericht auch entschieden, dass ein Richter eine Prüfung wegen Kindeswohlgefährdung nicht durchführen darf, wenn sich die Maßnahme gegen eine Behörde richten würde. Dies ist allerdings juristisch umstritten, da dadurch Schüler von staatlichen Schulen gegenüber Schülern von privaten Schulen benachteiligt wären.

Richter Dettmar wurde also durchsucht, obwohl er sachlich zuständig war. Dass das Bundesverwaltungsgericht entgegen seiner früheren Rechtsprechung jetzt annimmt, dass die Eröffnung eines Verfahrens gegen staatliche Behörden unzulässig ist, rechtfertigt weder ein Verfahren wegen Rechtsbeugung, noch diverse Hausdurchsuchungen. Die Durchsuchungen können nur als ein weiterer Einschüchterungsversuch gegen eine unabhängige Richterschaft gewertet werden.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

Haben die Linken ausgeschlafen?

Von den Linken kann man halten, was man will. Im Kritisieren waren sie immer sehr gut – mit Sternchen! | Von Anselm Lenz

Umso mehr verwunderte es, dass ausgerechnet sie die Corona-Lüge von Regierungen und Konzernmedien kritiklos hinnahmen, sogar anfeuerten. Nach 16 Monaten scheinen nun auch die organisierten Linken in Deutschland zu bemerken, dass sie 16 Monate lang ihrer eigenen abstrusen Erlösungshoffnung aufgesessen waren. Am Samstag, 26. Juni 2021, meldete sich nun erstmals eine erkleckliche Zahl organisierte Linker gegen die Zerstörung der Grundrechte und die lebensfeindlichen bis mörderischen Zustände unter Corona. Ausgeschlafen?

»8.000 Klimaaktivisten, Antifaschisten, Gewerkschafter, Internationalisten« versammelten sich in Düsseldorf laut der Schülerzeitung *junge Welt*, um das neue Versammlungsverhinderungsgesetz in Nordrhein-Westfalen (NRW) zu stoppen. Und dies, sieh an, unter dem Motto »Grundrechte erhalten!«. 8.000 mögen für die Demokratiebewegung albern wenig wirken. Für die Linken aus Parteien und dem »gelben« Gewerkschaftsbund DGB ist es eine erstaunlich große Zahl. Doch hatte jemand Grundrechte gesagt? Die NRW-Amtsträger Armin Laschet und Herbert Reul (beide CDU) ließen die Kundgebung radikal angreifen. Es meldeten sich laut Veranstaltern bis Sonntagmittag um die 100 Demonstranten mit Verletzungen am Körper in Folge der Übergriffe auf sie.

Fragt sich, wöfur die Politkriminellen noch ihr neues »Versammlungsverhinderungsgesetz« brauchen? Sie lassen auch ohne in kriminellster Weise losprügeln. Ein Wunder, dass bei den rund 5.000 Demos der Demokratiebewegung seit 28. März 2020, teils in mehrfacher Millionenstärke, noch kein Mensch von Merkel & Co. ums Leben gebracht wurde. Das liegt einzig am bedachten Vorgehen der Friedensbewegung.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Zeit	Ort	Veranstaltung
03.07.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz Am Sportplatz / Bernauer Str	Schilderaktion Freiheitsallee
03.07.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	WIR müssen reden - Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit
03.07.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
03.07.2021 14-15:30 Uhr (jeden 1. So im Monat)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache zum 50. Geburtstag von Julian Assange
03.07.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
03.07.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Parkplatz an der Hochschule Hannover - Ritter-Brüning-	Autokorso für Grundrechte
03.07.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
03.07.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
03.07.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Frieden, Freiheit durch Eigenverantwortung und Selbstbestimmung
03.07.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
03.07.2021 15-18 Uhr	Gelnhausen, Müllerwiese	Versammlung - Selbstbestimmt in eine neue Zukunft
03.07.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
03.07.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Harras	UlliOma & Friends
03.07.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
03.07.2021 17-19:30 Uhr	Hamburg, Platz d. Deutschen Einheit, Elbphilharmonie	Podiumsdiskussion mit Ärzten, Pädagogen, Eltern
03.07.2021 13-20 Uhr	Bochum, Kirmesplatz Gersteinring 52	Großdemo - Grundrechte total
03.07.2021 17-20 Uhr	Berlin, Pariser Platz	Feier und Protest zum 50. Geburtstag von Julian Assange
03.07.2021 10-22 Uhr	Berlin, überall	Tortenwurf auf Regierungsgebäude
03.07.2021 15-22 Uhr	Berlin, Theaterplatz	Demotour - Wir sind viele
04.07.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
04.07.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
04.07.2021 14-16 Uhr	Vaals, Viergrenzenweg	Gemeinsame Wanderung für den Austausch "zu Corona"
04.07.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
04.07.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Fahrradkorso für Grundrechte (bei Regen Autokorso TP: Viehmarkt)
04.07.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
05.07.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
05.07.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
05.07.2021 17-18 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Schilderaktion für Grundrechte
05.07.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
05.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
05.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr./Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
05.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
05.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz - 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
05.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
05.07.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
05.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
05.07.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
05.07.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
05.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
05.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
05.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
05.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
05.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, Rathaus - Bernauer Str. / Geigelsteinstr.	Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung
06.07.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
06.07.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
06.07.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
06.07.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
07.07.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
07.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
07.07.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
07.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
08.07.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
08.07.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
08.07.2021 18-19:30 Uhr (jeden Do)	Murrhardt, Marktplatz vor dem Rathaus	Mahnwache
08.07.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
08.07.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
08.07.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
09.07.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte
09.07.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
09.07.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
09.07.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
09.07.2021 17:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Berlin, Ort siehe Online	Autokorso Berlin Ost
10.07.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
10.07.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
11.07.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
12.07.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
16.07.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Balingen, Marktplatz / Stadtkirche	Frühlingserwachen für Freiheit u. Demokratie
16.07.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
24.07.2021 10 - 30.07.2021 18 Uhr	Stuttgart, Ort siehe Online	Bustour nach Berlin (8 Busse)
26.07.2021 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Podiumsdiskussion - 4. Gewalt. Wie unabhängig ist Journalismus?
01.08.2021 11:30-20:30 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo - Das Jahr der Freiheit und des Friedens
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

DW FRIENDLY SPECIAL FÜR ENGLISCHLESER | FOR ENGLISH READERS

MARCH FOR MEDICAL FREEDOM IN LONDON

Hundreds of thousands protest for their right to bodily integrity | by H.M. St Clair

On Saturday, 26 June, protestors gathered in London's Hyde Park to unite in support of medical freedom. It's hard to know how many attended – estimates vary from several hundred thousand to upwards of a million. It was organised by various UK groups including StandUpX, Stop New Normal, Save Our Rights UK, and others. ReformTV streamed a live helicopter feed, showing nearly two miles of people.



London: »Du kannst Deine rechte Hand stechen, Hancock, aber nicht uns.« Englische Demokratinnen bereiten dem Gesundheitsminister Garaus. Dieser trat währenddessen zurück. Foto: Emily Maguire

The UK was due to lift all lockdown restrictions on 21 June, but these were extended until 19 July. This march was noticeably larger than the one we attended last month on 29 May, and had a much more serious tone, with a palpable sense of frustration. However it did seem to attract lots of new attendees. We spoke with a few people in the crowd who said it was their first time attending the protests, which have been occurring monthly since last year. Many brought imaginative handmade placards with slogans including »Trust the $cience« and »I don't want Matt Hancock's prick«.

The march route was five miles long, starting and ending in central London. It incorporated several stops along the way, including the *Bill and Melinda Gates Foundation*, and former Prime Minister and enthusiastic vaccine passport promoter Tony Blair's residence.

Unfortunately, disruptions caused confusion from the beginning, and it's difficult to say if these were coincidental or coordinated. Marchers were instructed to listen for the fireworks that signalled the start of the march, but someone set off a rocket too soon, causing some to start off prematurely. To further complicate things, several other rallies were occurring in London on the same day, including Extinction Rebellion and pro-Palestinian events. Some marchers were separated along the route, and in the Telegram chat boards afterwards, organisers admitted that there weren't enough marshals to lead such an enormous crowd.

At one of the points along the route, protestors were encouraged to lob tennis balls with messages written on them over the gates of the Houses of Parliament. This was intended to serve as visual proof of how many people were present since the monthly protests have not been reported in the mainstream media. People in the crowd enthusiastically launched the balls and it was affecting to see the massive sea of fluorescent yellow.

Despite a few snags, everyone was reunited at the end point in Hyde Park for picnics and a group meditation. Many were buoyed by the experience of marching with so many fellow freedom fighters, while acknowledging that there is much work still to be done. Spirits were lifted with reports of random shoppers along Piccadilly Circus joining the protest and cars honking in support as the throngs filed past. We hope that even greater numbers will join the next rally in London on 24 July.



Berlin, 1st August 2020. 1.3 Million democrats or more march across their capital – for freedom, truth and their constitution. The government media fake numbers down to 20,000. Foto: evafoto

MELDUNG

JUGENDREISE DEMONSTRIERT

Mallorca/DW. Rund 1.000 spanische Schüler demonstrierten am 28. Juni 2021 auf Hotelbalkonen in Palma de Mallorca gegen ihre Zwangsquarantäne und den Corona-Lügenterror. Wie die Zeitschrift *Stern* berichtet, waren die Jugendlichen vom spanischen Festland zum Feiern auf die Ferieninsel gekommen. Einige waren dort angekommen, positiv auf Corona getestet worden. Nun sind die jungen Menschen in einem Hotel eingesperrt. Laut Angaben der Behörden hätten einige der rund 1.000 Schüler leichte Covid-19-Symptome gezeigt. – Hilfe ist unterwegs: Der DW-Redakteur und Rechtsanwalt Markus Haintz ist bei Drucklegung dieser Ausgabe bereits an Ort und Stelle, um die unrechtmäßig inhaftieren mit rechtlichen Mitteln zu befreien. (hes)

Sommer, Sonne, Sonnenschein...

Der rasende Reporter Clark Kent reist durch Deutschland und sorgt für Verständigung derer, die von Regierungs- und Konzernmedien absichtlich gegeneinander aufgehetzt wurden.

Die letzten Monate waren für mich sehr aufregend, denn ich hatte viele interessante Begegnungen mit anderen Menschen vom anderen Ufer des Rubikons. So geht es auch: Vergangenes Wochenende fuhr ich von dem riesigen Wikingertreff bei Kiel zu einem Helfa-Treffen (*www.helfa.org*) in Nordfriesland.

Helfa ist ein Hilfsnetzwerk von Menschen, die sich zum Ziel setzen, eine faire Gesellschaft aufzubauen, indem sie alternative, vom Konsum unabhängige Lebensstrukturen entwickeln. Sie wollen eine »Kultur des Vertrauens« schaffen, in der durch solidarische Schenkung alle sozialen und wirtschaftlichen Bereiche des täglichen Lebens abgedeckt werden. Geld als Tauschmittel ist dabei nicht vonnöten. Hinter Helfa steht eine bunte Mischung von Bürgern, die aktiv an einer neuen Zukunft arbeiten. Bunt, weil dort Personen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen miteinander in Kontakt treten. So war es auch auf dem Helfa-Treffen vergangenen Samstag. Unter den circa 50 Anwesenden waren Homo- und transsexuelle Menschen, Ausländer, Maßnahmengegner und -befürworter, Parteimitglieder und unpolitische Menschen.

Das Schöne war, dass wir alle friedlich und konstruktiv miteinander in Austausch gingen, sogar freundschaftliche Gespräche zwischen Geimpften und Umgeimpften waren beim gemeinsamen Ums-Lagerfeuer-Sitzen möglich. Es freut zu sehen, dass immer mehr Menschen die Wichtigkeit erkennen, sich aufgeschlossen und mit Respekt zu begegnen, weil dann selbst Gespräche mit Andersdenkenden inspirierend sein können. Den Sonntag verbrachte ich am Strand. Und auch dort gelang es mir, freundschaftliche Kontakte zu Menschen, deren Meinung von der meinen abweicht, zu knüpfen. Das ist für mich auch eine Art von Protest gegen das menschenfeindliche System, das die Regierung gerade installiert. Es müssen nicht immer die großen Demonstrationen sein.

Letztlich geht es darum, die Kluft zu überwinden, die uns trennt und der Menschlichkeit wieder Raum zu geben. Ein abstands- und maskenloses Strandpanorama trägt dazu bei. Manchmal braucht es eben nur ein bisschen Sommer, Sonne, Sonnenschein.



»Inzwischen traue ich der Polizei alles zu«

Oder: über das Einstehen für die Freiheit. | Von Hannes Henkelmann

Als ich zum ersten Mal von der skandalösen Polizeikontrolle in Oberbayern hörte, konnte ich es kaum glauben. Doch als Frau Bayerl mir die Ereignisse nahezu deckungsgleich berichtete, war mir klar: Es gibt Geschichten, die danach schreien, erzählt zu werden.

DW: Stellen Sie sich doch kurz bitte vor!
Mein Name ist Gertraud Bayerl und ich lebe in Stein an der Traun. Ich bin 62 Jahre alt, Rentnerin und habe drei Kinder sowie zwei Enkelkinder.

Sie sind sehr aktiv im Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen. Wie kam es dazu?
Da ich immer schon ein kritischer Mensch war, kam mir diese Pandemie-Geschichte von Anfang an sehr seltsam und unglaubwürdig vor. Die widersprüchlichen Aussagen der Politiker und die Horror-Bilder in den öffentlichen Medien lösten bei mir sofort Alarm aus. Ich suchte und fand schnell kritische Meinungen bei den sogenannten alternativen Medien. Dort fühlte ich mich der Wahrheit näher. Ich war von da an fast jede Woche auf einer Demonstration, um zusammen mit anderen gegen die unsinnigen, unverschämten und uns in unserer Freiheit bescheidenden Maßnahmen zu protestieren. Ich war zum Beispiel in Berlin, München, Rosenheim, Stuttgart und Leipzig. Leider stellte ich schnell fest, dass die *Mainstream*-Medien falsch oder gar nicht über diese Demos berichteten. Regierungs- und Corona-Maßnahmenkritiker wurden (und werden) bis heute als Rechte, Schwurbler und Aluhüte bezeichnet. Dabei sind es Menschen aus der Mitte der Gesellschaft — so wie ich. Das kann ich nur betonen.

Erzählen Sie mir bitte von der ominösen Polizeikontrolle!
Was am Abend des 20. April 2021 passierte, hätte ich mir in finsteren Alpträumen nicht vorstellen können. Mit einer Freundin wollte ich mit dem Bus zu einer Demo nach Berlin fahren. Schon auf dem Parkplatz in Traunstein, wo wir um 22:30 Uhr zusteigen sollten, waren Polizeiwägen zu sehen. Trotz der Ausgangssperre, die ab 21 Uhr galt, wurden wir jedoch nicht kontrolliert. Dann kam der Bus, nahm uns auf und fuhr auf die Autobahn. Kurze Zeit später fuhr vor uns ein Polizeibus aus einer Parkbucht und forderte uns auf, ihm zu folgen, was der Busfahrer auch machte. So wurden wir in ein Industriegebiet geleitet, wo circa zehn Polizeibusse mit Mannschaften auf uns warteten. Dort betrat zuerst ein Polizist mit Kamera den Bus, gefolgt von etlichen Kollegen.



»Wie die Politik und auch die Medien zum Teil vorgehen, ist meiner Meinung nach ein großes Verbrechen. «, so Gertraud Bayerl. Foto: Hannes Henkelmann.

Der Busfahrer musste seine Papiere vorzeigen. Er hatte vorschriftsmäßig alle notwendigen Genehmigungen dabei, um die Fahrt durchführen zu können. Dann gab es die Durchsage, dass wir unsere Papiere bereithalten sollten und dass wir einzeln von einem Polizisten abgeholt werden würden. Wir leisteten ungläubig, aber ohne große Proteste, der Aufforderung Folge.

Dann nahm das Verbrechen durch die Beamten seinen Lauf?
Draußen gab es im Beisein des Polizisten mit der Kamera eine Belehrung. Ich wurde angewiesen, den Inhalt meiner Gürteltasche zu zeigen, und ich wurde gefragt, ob ich Waffen bei mir trage. Daraufhin zeigte ich dem Beamten mein Asthmaspray und mein Maskenattest. Ich muss hinzufügen, dass ich sogar eine Maske aufhatte, obwohl ich eine medizinische Maskenpflichtbefreiung habe. Ich wollte einfach die ganze Aktion nicht unnötig in die Länge ziehen.

Trotzdem wurde mir mein Attest abgenommen und kopiert, verbunden mit der Unterstellung, es sei eine Fälschung. Auf meine Frage, was das solle, ich trüge doch eine Maske, bekam ich keine Antwort. Doch es wurde noch absurder.

Wie Schwerverbrecher mussten wir uns an einen Polizeibus stellen und wurden durchsucht — Beine breit, Arme auseinander. Ich fragte den Polizisten, ob er Angst vor mir habe, obwohl er doch bis an die Zähne bewaffnet sei, und bekam wieder keine Antwort. Dann ging es weiter zum nächsten Polizeibus, wo Daten, Aussagen und Unterschrift verlangt wurden. Ich verweigerte die Aussage.

Folgendes wurde mir zur Last gelegt: Fälschung meines Attests und Verletzung der Ausgangssperre. Zusammen mit meinen Mitfahrern musste ich bei zwei Grad in der Kälte vor dem Bus warten, bis alle Personalien aufgenommen worden waren. Erst dann durften wir zurück in den Bus. Bei den Mitfahrenden gab es die unterschiedlichsten Reaktionen auf diesen Vorfall. Von Schock und Unverständnis bis hin zu Zorn war alles dabei. Einige fuhren auch nach Hause. Die meisten Teilnehmer beschlossen jedoch, jetzt erst recht weiterzufahren – wenn auch mit fast drei Stunden Verzögerung.

Wie denken Sie heute, mit einigem Abstand, über den Vorfall?
Ich habe die Aktion einigermaßen verarbeitet, aber eine Freundin, die bei der Durchsuchung selbst sehr tapfer war, zittert noch heute am ganzen Körper, wenn sie Polizisten auf sich zukommen sieht. Wie die Politik und auch die Medien zum Teil vorgehen, ist meiner Meinung nach ein großes Verbrechen. Und die Polizei geht gegen das Volk mitunter extrem brutal vor. Ich traue einigen Polizisten inzwischen sogar zu, dass sie auf uns schießen würden, wenn sie den Befehl dazu bekämen. Das ist sehr traurig. Dennoch hoffe ich, dass sich noch mehr Menschen trauen, für ihre Freiheit einzustehen.

Briefe an die Redaktion

ANREGUNG

Ihr Schreibstil gefällt mir richtig gut und ich bewundere Ihren Mut, die verbrecherischen Machenschaften von Politik, Pharma und öffentlichen Medien aufzuklären. Bitte schreiben Sie einen Bericht über die *Georgia-Guidestones*-Ziele, einer der Ursprünge allen Übels. Dann wird auch das letzte Schlafschaf verstehen, dass der *Great Reset* keine Verschwörungstheorie ist, sondern seit Jahrzehnten in sieben Sprachen in Stein gemeißelt. Ich wünsche Ihnen alles Glück der Welt.
– Eine Freiheitsbotin

LOB FÜR DIE ILLUSTRATORIN JILL SANDJAJA

Seit Monaten bewundere ich mit großer Freude deine Collagen in den DW-Ausgaben! Ich selber arbeite sehr gerne mit *Photoshop*. Mache weiter so, ich bin begeistert. – Thomas

ZEILEN EINER KRANKENSCHWESTER IM RUHESTAND

Eure Zeitung ist sagenhaft! Ihr sprecht mir aus dem Herzen. Es wird gerade ein Verbrechen an der Menschheit verübt. Ich bin in keinem Verein mehr, alle sind geimpft, das möchte ich nicht.
– Annemaria Z.

MUT ZUR EMPÖRUNG

Es wird heutzutage sehr viel Verständnis aufgebracht, nicht nur für Opfer, sondern auch für Täter. Das wird, sicherlich nicht ganz uneigennützig, von den mächtigen Tätern protegiert. Es ist gut möglich, dass ein Täter auch mal ein Opfer war, doch sollte man bei gesunder Betrachtung nicht vergessen und nicht unterschätzen, dass er eben jetzt ein Täter ist und anderen ziemlichen Schaden und Leid zufügt.

Allerdings darf man heutzutage, Dank Psychologie, Spiritualität oder Religion, keine negativen Gefühle oder Energien haben, außer vonseiten der öffentlichen Meinung gegen Andersdenkende. Nur, was zieht man denn dann an, wenn man seine Gefühle und Wahrnehmungen schon im Keim ersticken muss? Vieles wirkt so glatt und artig und es kommt mir manchmal wie eine gebremste Kraft vor, wenn die Leute immer von Vergebung sprechen und so überaus verständnisvoll sind. Ist das etwa gewollt?
– Holger K.

LOB AN AUTOR KLAUS-JÜRGEN BRUDER

Der Artikel von Prof. Klaus-Jürgen Bruder »Es ist ein Krieg gegen die Bevölkerung« ist super! Ganz toll! Ich gebe ihn drei Mal weiter! – Manfred F.

DANKE

Ihr seid so wertvoll! –Emma

JAHRESABO DES DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDS

Dies ist die 53. Ausgabe des Demokratischen Widerstand. Die Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 wöchentlich. Immer fünf Ausgaben, dann eine Woche Pause zur Erholung und Recherche. Da es trotz der unzählbar vielen und teils riesigen Demonstrationen und über 14 Millionen gedruckter Exemplare dieser Zeitung nicht danach aussieht, dass sich die Regierung sehr bald von ihrem verfassungsbrüchigen Kurs in die Konzern-Diktatur abbringen lässt, wollen wir diese Zeitung auf Dauer herausbringen. Das Internet wird zensiert, Beiträge werden gelöscht. Das gedruckte Wort bleibt.
Auf der Internetseite *demokratischerwiderstand.de* können Sie ein Abonnement dieser Zeitung für ein Quartal oder ein Jahr abschließen.

Überleben in Zeiten von Corona

Die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand stellt Forderungen an die Politik.

Von Hermann Ploppa

Wir haben in Deutschland eine einzigartige Wirtschaftsarchitektur. Ein starker Mittelstand aus kleinen und mittelleren Unternehmen geht geschmeidig-flexibel auf Bedürfnisse ein und wird von einem Netzwerk öffentlich-rechtlicher Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken zuverlässig mit Geld versorgt.

Dieses einzigartige Gewebe fungiert in unserer Gesellschaft als Herz und Lunge zugleich. So kommt es, dass 3,5 Millionen kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer in Deutschland beschäftigen und 80 Prozent aller Ausbildungsplätze bereitstellen. Das, was man heutzutage so schön als »nachhaltiges Wirtschaften« bezeichnet, verkörpern die familiengeführten KMUs alleine schon durch die bedachtsame Weiterführung der Unternehmen über Generationen.



Der deutsche Mittelstand kann unter dem Corona-Finanz-Regime des Olaf Scholz nicht aufatmen. *Collage: DW/Jill Sandjaja*

Dieses Gewebe von mittelständischen Betrieben und den darauf zugeschnittenen Banken artikuliert sich immer mal wieder über die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand. Diese veröffentlicht regelmäßig Jahresberichte. Der Jahresbericht 2021 trägt den Titel »Die richtigen Lehren aus der Pandemie ziehen« und wurde jetzt an alle im Bundestag vertretenen Parteien sowie an die Presse verschickt; sozusagen der Kommentar des organisierten Mittelstandes zu den anstehenden Bundestagswahlen.

BETRIEBE BRAUCHEN »LUFT ZUM ATMEN«

Da sind natürlich zunächst die altbekannten Forderungen, die man von einem Interessenverband erwarten kann: Weniger Steuerbelastungen, weniger Sozialabgaben und mehr Feinfühligkeit seitens der Politik für diese Klientel. Doch ergeben sich durch die Corona auch neue Herausforderungen für den Mittelstand. Da ist zunächst einmal der leidige Umgang mit den Behörden, allen voran dem Finanzamt. Die mittelständischen Unternehmer müssen viel zu viel Vorgänge haarklein dokumentieren und die Daten zu lange bevorraten. Die Behörden befinden sich zudem auf einem sehr unterschiedlichen Entwicklungsniveau: Während in der einen Behörde noch immer Ärmelschoner und Bleistift dominieren, regiert in einer anderen Behörde der Computer. Wie schön wäre doch eine »einheitliche digitale Schnittstelle«. Und der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands DEHOGA, Guido Zöllick, meint: »Mehr denn je kommt es auf eine Politik an, die wieder Lust auf Unternehmertum macht. Gute Gesetzgebung, der Abbau überflüssiger administrativer Pflichten sowie eine bessere Vernetzung der Verwaltung sichern und fördern die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands. Unsere Betriebe brauchen Luft zum Atmen.« Entsprechend sind auch die diversen Anforderungen der Digitalisierung auf die Bedürfnisse des Mittelstandes zuzuschneiden. Nicht jeder Dachdeckermeister ist eine Koryphäe in Digitaltechnik. Zum anderen richtet sich die Politik auf EU-Ebene zu sehr nach den Bedürfnissen der großen Digitalkonzerne aus.

»DIGITALISIERUNG« IST FALSCHES REGIERUNGSSTICHWORT

So kritisiert der Präsident des Zentralverbands Deutsches Handwerk, Hans Peter Wollseifer: »Auch die EU muss einen fairen Wettbewerbsrahmen für die Datenökonomie sicherstellen und die Marktmacht großer Plattformen begrenzen.« Die Ausbildung in den KMUs hat durch Corona beträchtlich gelitten. So wurden im Corona-Jahr 2020 9,4 Prozent weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Jahr zuvor. Die allgemeine Fixierung auf digitale Bereiche hat die Aufmerksamkeit von real existierenden Ausbildungsplätzen in praktischen Bereichen weggelenkt. Das Papier der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand spricht auch die Wichtigkeit ländlicher Wirtschaft an. Immerhin trägt das Landgebiet fünfzig Prozent aller Bruttowertschöpfung bei. Die Förderung ländlicher Räume wird in der Tat sträflich vernachlässigt. Für eine zukünftige digitale Erschließung für die Wirtschaft fehlt es immer noch an guter Internetverbindung. Dabei sollte die Arbeitsgemeinschaft allerdings über Alternativen zum gefährlichen 5G-Netz nachdenken. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes gehört genauso zu den Forderungen der Mittelständler wie die Wiederherstellung attraktiver Ortskerne in Dörfern und Mittelpunktgemeinden.

ÖFFENTLICHE UND GENOSSENSCHAFTLICHE KREDITHÄUSER DÜRFEN NICHT BENACHTEILIGT WERDEN

Wichtiges Thema ist auch die Finanzarchitektur, damit der deutsche Mittelstand gedeihen kann. Zu Recht wird die Bedrohung von Kreditinstituten der Sparkassen und Genossenschaftsbanken durch die europaweiten Eigenkapitalvorschriften von Basel III ins Visier genommen. Basel III sieht als Konsequenz aus der Finanzkrise von 2008 eine strengere Dokumentationspflicht und eine größere Bereithaltung von Geldreserven für Notfälle vor. Diese Regel ist für profitorientierte Privat- und Gesellschaftsbanken goldrichtig. Sie jedoch auch auf öffentliche und genossenschaftliche Kredithäuser anzuwenden ist pure Schikane. Die AG Mittelstand warnt: »Regelungen des Bankenaufsichtsrechts dürfen keine Kreditklemme provozieren.« Allerdings sind diese Sparkassen und Genossenschaftsbanken an ihrem eigenen Niedergang nicht ganz unbeteiligt. Seit Jahren werden Filialen in der Fläche abgebaut.

MITTELSTAND SOLL IN KONKURRENZ ZU START-UPS

Konkurrenz droht dem deutschen Mittelstand als Innovationsmotor zudem durch die sogenannten *Start-Up*-Unternehmen: Firmengründer sammeln Geld aus teilweise durchaus fragwürdigen Quellen wie zum Beispiel *Hedgefonds* ein und entwickeln eine neue Idee zur Marktreife, um das Unternehmen dann an einen Globalkonzern zu verkaufen. »Aktuell liegt der Fokus zu stark allein auf hochinnovativen Unternehmen und *Start-Ups* und umfasst den europäischen Mittelstand nicht in seiner ganzen Breite«, kommentiert die Arbeitsgemeinschaft überaus diplomatisch.

Der gewerbliche Mittelstand und die ihn umgebende Finanzarchitektur sind für unser aller Wohlergehen außerordentlich wichtig. Und weil das so ist, könnte eine deutlichere Sprache seitens der Mittelstandsvertreter durchaus hilfreich sein, um die Dringlichkeit des Anliegens zu unterstreichen. Der Mittelstand sollte sich in weiteren Veröffentlichungen direkt an die Bevölkerung, die Wähler, wenden und nicht nur an Politiker und Leitmedien.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

132 MILLIONEN HUNGERN DURCH *LOCKDOWNS*

Berlin/ DW. »Kleine Korrekturen helfen nicht mehr. Wir benötigen einen wirklichen Systemwechsel«, lauteten die Worte der Präsidentin der Welthungerhilfe bei der Vorstellung des Jahresberichts der Organisation am Mittwoch, den 30. Juni 2021 in Berlin. Durch die Maßnahmen der Corona-Krise hungern demnach bis zu 132 Millionen Menschen zusätzlich. Bei der Bekämpfung des Hungers auf der Südhalbkugel seien bereits schwere Rückschläge zu sehen. Die Organisation fürchtet noch Schlimmeres. (hes)

VOLKSENTSCHEID ÜBER WOHNKONZERNE

Berlin/DW. Laut Berliner Behördenangaben sind rund 350.000 Unterschriften für einen Volksentscheid zur Enteignung von Massenvermietern ab einer Wohnungszahl von 3.000 eingegangen. Der 26. September 2021 wird neben der Bundestagswahl damit in Berlin auch eine Abstimmung über das Begehren der Initiative »Deutsche Wohnen Enteignen«. Die Bürgerinitiative hatte sich zunächst nur gegen den Wohnkonzern Deutsche Wohnen und dessen nachweisliche Mietwucher- und Verwahrlosungspolitik gerichtet. Das Quorum für Volksentscheide liegt in Berlin bei 175.000 Wahlberechtigten. (ale)

AMAZON WIRD BESTREIKT

Bad Hersfeld/DW. Der Internethändler Amazon wird bestreikt. Die Beschäftigen in den Lagern in Bad Hersfeld legten am 29. Juni 2021 zur Frühschicht die Arbeit nieder, wie eine Sprecherin der DGB-Gewerkschaft Verdi mitteilte. Die Beschäftigten fordern einen Tarifvertrag gemäß Einzel- und Versandhandel. Amazon verortet sich in der Logistikbranche. In den vergangenen Jahren waren dem Online-Kaufhaus mit Monopolstellung immer wieder Verstöße gegen das Arbeitsrecht nachgewiesen und die Zerstörung des Einzelhandels vorgeworfen worden. (hes)

FLUGGESELLSCHAFTEN MÜSSTEN RÜCKZAHLEN

Brüssel/DW. Fluggesellschaften haben Verbraucherrechte während der »Pandemie« massiv missachtet, so die EU-Rechnungsprüfer in ihrem Bericht, der am 29. Juni 2021 veröffentlicht wurde. Darin moniert die Behörde, dass Staatshilfen flossen, während Kunden rechtswidrig um ihr Geld gebracht wurden. Im Zeitraum von März 2020 bis April 2021 seien in der EU öffentliche Gelder in der Höhe von rund 35 Milliarden Euro an die Airlines ausgeschüttet worden, davon sechs Milliarden an die Lufthansa. Reisende jedoch seien bei gestrichenen Flügen rechtswidrig gezwungen worden, luftige Gutscheine statt Rückzahlungen anzunehmen. (hes)



Eingebettete Berufspolitikerin: Mit Mutanten und Moneten in die Unterdrückung. Collage/Illustration: DW/Sandjaja

NACH DEN WAHLEN KOMMT DAS ZAHLEN

Mega-Kredite ohne Schuldenbremse: Jetzt ist gute Laune angesagt. Aber im Herbst kommt der Kassensturz. | Von Hermann Ploppa

Wir haben uns gerade einen gigantischen Buckel an öffentlichen Schulden aufgeladen. Der Ökonom Rudolf Hickel schätzt die wirtschaftlichen Schäden durch die Corona-Politik auf 1,32 Billionen Euro. Das ist wahrscheinlich eher zu tief gestapelt. Bund, Länder und Gemeinden wollen die Wirtschaft mit einer Neuverschuldung von 370 Milliarden Euro am Laufen halten. Das war von Anfang an problematisch. Denn vor nunmehr zehn Jahren hatten Bundestag und Bundesrat sogar mit der sogenannten Schuldenbremse eine brachiale Beendigung öffentlicher Neuverschuldung verordnet.

Nach Artikel 109 Absatz 3 wurde im Grundgesetz festgelegt, dass sich der Bund maximal mit 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts neu verschulden dürfe. Die Bundesländer dürfen sich demzufolge gar nicht mehr neu verschulden. Dass eine solche Brechstangen-Haushaltspolitik ganz schön an der Wirklichkeit vorbei agiert, war den Erfindern dieser Regel schon klar: Ausnahmen wurden verankert. Im Fall von Naturkatastrophen und extremen Rezessionen kann die Schuldenbremse ausgesetzt werden. Diese Ausnahmeregeln haben Finanzminister Scholz und seine Verbündeten dann großräumig auf den Fall der proklamierten Corona-Pandemie angewendet.

DER STAAT WURDE GEZIELT KAPUTTGESPART

Die Schuldenbremse basiert auf dem marktradikalen Dogma, öffentliche Verschuldung sei von vornherein immer schlecht. Während sich allerdings die Milton Friedman-Schülerin Margaret Thatcher als britische Regierungschefin strikt an diese marktradikalen Sparmuster hielt, warf der marktradikale US-Präsident Ronald Reagan das Staatsgeld nur so zum Fenster hinaus. Trotzdem wurden auf EU-Ebene strenge Obergrenzen staatlicher Neuverschuldung festgelegt. Der proklamierte Zweck, nämlich den von Schulden befreiten Staat wieder handlungsfähig zu machen, wurde nie erreicht. Wir sehen es überall: Aufgrund der ewigen Sparstrümpfe verwahrlost der öffentliche Raum immer mehr. Zweck der Deckelung öffentlicher Kreditaufnahme war offensichtlich nur, den Staat als aktiven Gestalter der Gesellschaft zu lähmen. Zugunsten der immer stärker werdenden Globalkonzerne.

Wenn nun erneut von der Sparstrumpf-Regel radikal abgewichen wird, so kann das nur das definitive Ende aller Gestaltungsmöglichkeiten des Staates bedeuten. Aus dem Nichts wird Geld gedruckt, das die Notenbank sodann den privaten Kreditinstituten aushändigt, die damit wiederum der öffentlichen Hand Geld borgen. Der größte Teil der neu gewonnenen Liquidität wird über die Bundesanleihen generiert. Etwa 750 Milliarden Euro als staatliche Schuldscheine kursieren bereits über den Verkauf an den Börsen. Man kann die Bundesanleihen frei auf dem Markt erwerben. Man kann auch mit ihnen spekulieren. Zinsen für Anleihen wiederum sind variabel und können auch ansteigen. Doch jetzt ist erst einmal der Zusammenbruch der Wirtschaft vertagt, indem zum Nichtstun verurteilte Wirtschaftsbetriebe und Mitarbeiter frisches Luftgeld in die Hand bekommen.

DER FAHRPLAN FÜR DEN »NEO-FEUDALISMUS«

Damit ist der Staat endgültig zur Schießbudenfigur der internationalen Finanzbörse degradiert. In guten Zeiten darf der Staat nicht investieren. Es gibt ja dann bei Bedarf die Schuldenbremse. In schlechten Zeiten ist der Staat verdonnert, unproduktive Kredite in Mega-Dimensionen aufzunehmen, nur um ein paar Pflaster auf Wunden zu kleben. Eine alternierende Reihe von Stagnation und nachfolgender explodierender Schuldknechtschaft. Diese unsinnige Politik kann man nur in einen sinnvollen Zusammenhang bringen, wenn man vom Motiv einer planvollen Zerschlagung des Staates und des öffentlichen Raums ausgeht. Es spricht vieles dafür, dass wir uns geradewegs in einen neuen Feudalismus hineinbegeben, in dem die Öffentlichkeit nichts mehr zu melden hat. Das Sagen haben die neuen Feudalherren Jeff Bezos, Elon Musk oder Bill Gates.

Logisch, dass die Parteien, die im Bundestag sitzen, nur einen Programmpunkt haben: nämlich wiedergewählt zu werden. Sie schweigen sich über die Schuldenbremse mehr oder weniger vielsagend aus. Einen kleinen Ausblick, was uns nach den Wahlen erwartet, bietet der CDU-Haushaltsexperte Eckhard Rehberg. Großzügig stimmt er einer Verlängerung der Aussetzung der Schuldenbremse auch für 2022 zu, um dann zu betonen: »Für die Jahre ab 2023 wird das dann aber nicht mehr möglich sein. Die nächste Bundesregierung wird schwierige Entscheidungen treffen müssen.«

Und wir, wir müssen halt mal wieder den Gürtel etwas enger schnallen …

Scheitern sieht anders aus

Schweden macht nicht beim Corona-Terror mit. Hierzulande wird dem selbstbewussten Land unterstellt, damit der Krankheit Vorschub zu leisten. Das stimmt allerdings ganz und gar nicht. | Von Ronja Palmer

In jedem wissenschaftlichen Experiment braucht es eine Kontrollgruppe, das heißt: eine Gruppe von Unbehandelten. Sie ist ein entscheidendes Kriterium für die Validität von Forschungsergebnissen. In Europa nimmt Schweden mit seiner moderaten Corona-Politik diese Funktion ein und sorgt damit weltweit für Schlagzeilen. War der schwedische Kurs erfolgreich? Die Zahlen sprechen eine klare Sprache.



Die Schweden genießen den Sommer in Stockholm ohne Abstand und Masken. *Foto: Privat*

Seit März 2020 geht das skandinavische Land selbstbewusst seinen eigenen Weg. Einen strengen *Lockdown*, Maskenpflicht oder Kontaktverbot gibt es dort nicht. Statt auf Zwang wird auf die Eigenverantwortung der Bürger gesetzt. Erklärtes Ziel ist die Erreichung der natürlichen Herdenimmunität, die eintritt, wenn ein Großteil der Gesellschaft die Infektion durchgemacht hat. Im Ergebnis steht Schweden damit nun weitaus besser da als die Mehrheit der europäischen Länder, wie ein Forschungspapier des *Oxford Centre for Evidence Based Medicine* (OCEBM), einer Expertengruppe an der Oxford Universität, erkennen lässt.

KEINE HÖHERE STERBLICHKEIT

Untersucht wurde der prozentuale Anstieg der Sterblichkeit pro 100.000 Einwohner im Jahr 2020 unter Berücksichtigung der Altersgruppen. Schweden schneidet mit einem Anstieg von 1,5 Prozent gegenüber fast allen europäischen Ländern (Deutschland: 3,3 Prozent, Österreich: 7,6 Prozent) eindeutig besser ab. Das bestätigen auch die Statistiken der Online-Plattform *Our World in Data* (OWID) zur Letalität in Zusammenhang mit Covid-19. Die Sterblichkeit in der sogenannten »ersten Welle« von März bis Mai 2020 in Schweden war erhöht, was aber zu großen Teilen auf eine in diesem Zeitraum durchgeführte Umstrukturierung im Management der Alten- und Pflegeheime zurückgeführt werden kann. Anschließend sanken die Todeszahlen in der »zweiten Welle« im November kontinuierlich zunächst auf das Niveau Österreichs ab und liegen spätestens seit der »dritten Welle« im Februar 2021 deutlich unter der Kurve Deutschlands.

Die Reproduktionsraten in Schweden und Deutschland sind nahezu identisch und die Krankenhausbelegung in Schweden ist nicht signifikant höher als in Österreich — in der »zweiten Welle« war sie sogar deutlich niedriger. Die Bilanz: Schwedens Strategie ist erfolgreich, auch wenn die deutschen Leitmedien das natürlich nicht zugeben können. Sie postulieren das Scheitern von »Schwedens Sonderweg« mit dem Verweis auf seine hohen Inzidenzzahlen. Dass diese daher rühren könnten, dass dort circa zwei bis 2,5-mal so viel getestet wird wie in Deutschland, wird unter den Tisch gekehrt.

FAST WIE IN DER »ALTEN NORMALITÄT«

Währenddessen verläuft das Leben in Schweden weitestgehend normal. Schlendert man in Stockholm durch die vollen Fußgängerzonen, könnte man fast vergessen, dass sich die Welt in der schlimmsten Pandemie aller Zeiten befinden soll. Läden und Schulen sind geöffnet, das Tragen von Mund- und Nasenschutz wird in Geschäften und in öffentlichen Verkehrsmitteln empfohlen, ist aber nicht vorgeschrieben, und die Allermeisten sind unmaskiert. Lediglich die beschränkten Öffnungszeiten in der Gastronomie und eine leider sehr massive Impfpropaganda in den öffentlichen Verkehrsmitteln erinnern an den »Ausnahmezustand«.

STAATSGLÄUBIGKEIT IST AUCH IN SCHWEDEN AUSGEPRÄGT

Ein Dämpfer für die Euphorie ist auch die schon extrem fortgeschrittene Digitalisierung in Schweden. Bargeld gibt es so gut wie gar nicht mehr, selbst der eine Euro für den Toilettengang wird mit der Bankkarte bezahlt. Zudem wird jeder Person, die in Schweden geboren wird oder dorthin umzieht, eine sogenannte »Personennummer« zugewiesen. Sie wird mittlerweile bei fast allen bürokratischen Vorgängen erfragt, sei es bei der Eröffnung eines Kontos oder beim Abschließen einer Versicherung oder sogar eines Handyvertrags.

Obgleich Schweden keinen harten *Lockdown* hatte, ist es also weit davon entfernt, eine Traumoase zu sein. Staatskonformität ist leider auch dort en vogue. 43 Prozent der schwedischen Bevölkerung ist bereits erstgeimpft, geködert mit dem Versprechen, ihre große Reiselust bald wieder ausleben zu dürfen – natürlich mit dem neuen digitalen Impfpass, der europaweit am 1. Juli eingeführt wurde.

Leider ist den wenigsten Schweden ihr Sonderstatus in Sachen Corona bewusst. Kein Wunder, denn der schwedische *Mainstream* schweigt die Menschenrechtsverletzungen im Ausland tot und Nachrichten aus alternativen Quellen, etwa über Polizeigewalt und Hausdurchsuchungen in Deutschland, treffen meist auf Ungläubigkeit. Gleichwohl gibt es auch in Schweden eine zwar kleine, aber stetig wachsende Demokratiebewegung. Wöchentlich versammeln sich verschiedene Widerstandsgruppierungen in Stockholm und regelmäßig organisieren sie größere Demonstrationen unter dem Namen »Tusenmannamarschen« (deutsch: Tausend-Mann-Marsch). So zogen am 6. Juni 2021, dem schwedischen Nationalfeiertag, Tausende zu einer Kundgebung für Freiheit und Wahrheit durch die schwedische Hauptstadt. Die Polizisten reagierten rabiat: Mit Gasmasken im Gesicht führten sie friedliche Teilnehmer und Gäste der Kundgebung, meist ältere Menschen, ab. Die *Mainstream*-Medien ignorierten das Ereignis oder behaupteten daraufhin, die Kundgebung sei von der Polizei aufgelöst worden.



Ronja Palmer studiert Sozial- und Kulturanthropologie und leitet das DW-Ressort International.

Zwischen Irrsinn und Verweigerung

Österreichs Corona-Regime plant neue Schikanen, die SPÖ tut sich dabei besonders hervor – und viele Menschen üben die Verweigerung. | Von Eric Angerer

Unter medialem und beruflichem Druck nimmt auch in Österreich die »Bereitschaft« zur Impfung zu. Im Moment hat das Regime besonders die Jugendlichen im Visier, bei denen die Impfrate auch langsam ansteigt. Außerdem wird natürlich die Delta-Variante benutzt, um das Angst-Level hochzuhalten.

Eine besonders üble Rolle spielt aktuell das sozialdemokratisch regierte Wien und dessen Gesundheitsstadtrat, der verrückterweise bei manchen als »links« geltende Peter Hacker. Nachdem Wien schon Vorreiter bei der Impfung von Schwangeren war, forciert Hacker nun die Impfung der Zwölf- bis 15-Jährigen.

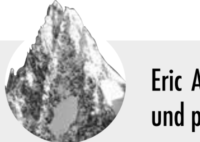
Als die Bundesregierung die Öffnung der Nachtgastronomie ab Juli ankündigte, kam aus Wien die Ansage, dass man regional bei einer restriktiveren Linie bleiben werde: In Clubs sollen nur Geimpfte dürfen. Außerdem will Hacker bei neuem Personal im Gesundheits- und Sozialdienst nur noch Geimpfte aufnehmen. Das soll auch für KindergärtnerInnen gelten, die bisher zu erheblichen Teilen die Spritze abgelehnt haben.

IMPFDRUCK IM GESUNDHEITSWESEN

Eine andere Verrücktheit wird aus Salzburg berichtet: Einen Mangel an Pflegekräften gibt es schon länger. Nun wollen auch noch viele aus dem Beruf aussteigen. Als Gründe werden die schlechte Bezahlung und die Belastung während der »Pandemie« genannt. Nicht genannt wird der Impfdruck, der zahlreiche PflegerInnen aus dem Beruf treibt. Statt diesen Druck zu beseitigen und besser zu zahlen, soll nun neues Personal auf den Philippinen angeworben werden.

OPPOSITION IM LÄNDLICHEN RAUM

In dieser gestörten Welt gibt es aber auch etliche Lichtblicke. Fährt man aufs Land, will dort – entgegen der Vorschriften – kaum eine Frühstückspension oder ein Wirtshaus einen Impfnachweis oder einen Test sehen. Und auch in Wien agieren viele Kneipen so, vor allem in den Arbeiterbezirken. Die Grundregel lautet: Je mehr grüne Akademiker und damit potentielle Blockwarte zu den Gästen gehören, desto braver wird dem Regime gehorcht.



Eric Angerer ist studierter Historiker und politischer Aktivist in Österreich.

MELDUNG

DER DIGITALE EU-IMPFPASS IST DA

Brüssel/DW. Seit dem 1. Juli 2021 kommt der EU-weite digitale Impfpass (Covid-Zertifikat) zum Einsatz. Bereits am 14. Juni 2021 war der Beschluss hierzu in Brüssel unterzeichnet worden. Das Zertifikat, das per Smartphone über einen sogenannten QR-Code auslesbar ist, beinhaltet neben Angaben zum Impfungstatus auch Informationen über Tests oder überstandene Corona-Infektionen. Wer den EU-Impfpass vorweisen kann, soll von Quarantäne- und Testpflichten befreit sein und erhält nach nationalen Vorgaben Zugang zu Lokalen, Hotels, Freizeiteinrichtungen und Veranstaltungen. Laut *B.Z.* und CDU-Abgeordneten soll der Pass das »grenzüberschreitendes Reisen innerhalb der EU im Sommer erleichtern«. Kritiker warnen vor der Einführung einer Impf-Apartheid: Durch den neuen Impfpass werden Menschen nach ihrem Impf- und Teststatus sortiert. (rop)

SCHLUSS MIT DER DUNKELZIFFER

Startschuss für die unabhängige Meldestelle und Pathologie als Angebot zur Todesursachenermittlung bei Todesfällen im zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen gegen Covid-19 erfolgt. | Von Andrea Drescher

Überwacht die Impfstoffe auch im Hinblick auf Langzeitwirkungen! Dazu fordert der Europarat die EU-Mitgliedsstaaten dringend auf. Und zwar mit der Resolution 2361 vom 27. Januar 2021.

Der Europarat fordert Standards. Doch ob die vom Europarat geforderte systematische Kontrolle der Impfstoffe in Deutschland erfüllt wird, erscheint zunehmend fragwürdig. Obduktionen Verstorbener im zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen erfolgen in der Regel nicht beziehungsweise nur in seltenen Fällen. Offizielle Stellungnahmen verneinen einen kausalen Zusammenhang zwischen Todesfällen und Impfungen. Die Opfer – so die Quintessenz – seien keineswegs als Folge der Impfungen gestorben, sondern wegen des hohen Alters und/oder wegen schwerer Vorerkrankungen.

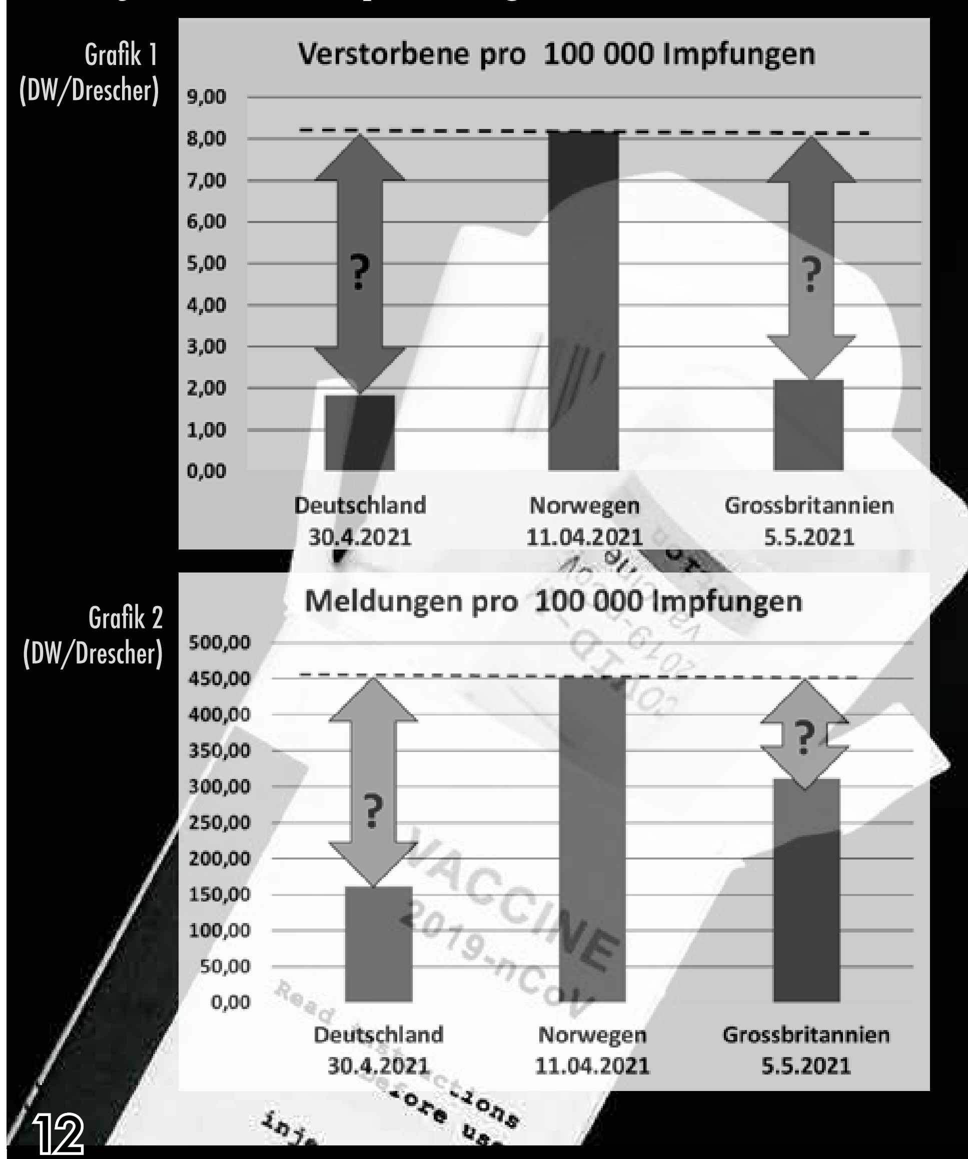
Skepsis entsteht, wenn man die Zahlen der Meldungen von Verdachtsfällen der Nebenwirkungen (Grafik 1) und möglichen Todesfällen (Grafik 2) im Zusammenhang mit den Impfungen länderübergreifend vergleicht. Sowohl bei Verdacht auf Nebenwirkungen als auch bei Todesfällen weisen beispielsweise Norwegen und Großbritannien signifikant höhere Werte auf.

Es drängt sich die Vermutung auf, dass Verdachtsfälle im Zusammenhang mit Impfungen in Deutschland nicht nur unzureichend obduziert, sondern auch nicht vollständig gemeldet werden. Für Elmar Becker, der seit 37 Jahren als Rechtsanwalt tätig ist und sich als Mitglied der *Anwälte für Aufklärung* aktuell schwerpunktmäßig mit Rechtsfragen rund um Corona beschäftigt, war das ein Zustand, der geklärt werden muss. Beim Treffen der *Anwälte für Aufklärung* im März startete er gemeinsam mit Rechtsanwältin Viviane Fischer und anderen die Initiative zur Gründung einer unabhängigen Meldestelle sowie eines hochspezialisierten pathologischen Institutes. Nachdem die Anschubfinanzierung dank dem Corona-Untersuchungsausschuss und dem Verein *Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.* (MWGFD e.V.) gesichert werden konnte, erfolgte am 23. Juni 2021 der Startschuss.

Andrea Drescher sprach mit Rechtsanwalt (RA) Elmar Becker, Dr. med. Ronald Weikl sowie Prof. Dr. Sucharit Bhakdi über die Hintergründe des Projektes.

Andrea Drescher: Was wollen Sie erreichen?

RA Becker: Ärzte, Wissenschaftler und Anwälte fordern schon seit geraumer Zeit, dass ein wissenschaftlich basiertes Überwachungssystem nach Impfungen eingeführt werden muss. Da sich hier aber seitens der Politik keine Lösungen abzeichnen, haben wir das Ganze selbst in die Hand genommen und mit der Umsetzung begonnen. Von der Meldestelle über die Pathologie bis hin zur juristischen Bewertung werden Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung ganzheitlich betrachtet. Mit dem Start der Meldestelle können Verdachtsfälle von den Angehörigen selbst festgehalten werden. Unser Institut untersucht und bewertet die Fälle pathologisch, und seitens der Juristen können wir die zivil- und strafrechtlichen Maßnahmen vorantreiben.



Grafik 1 (DW/Drescher)

Grafik 2 (DW/Drescher)

Prof. Dr. Sucharit Bhakdi: Gemeinsam mit dem Pathologen in unserem Verein haben wir das Labor eingerichtet, in dem die notwendigen Untersuchungen gemacht werden können, um sicher wissenschaftlich festzustellen, ob ein Zusammenhang zwischen Impfung und Ableben eines Menschen besteht oder nicht. Das ist ein Projekt, das für das ganze Land so wichtig ist, dass wir gesagt haben, das müssen wir machen und unterstützen, das ist unser Auftrag und unsere Aufgabe.

Was hat Sie motiviert, das selbst aufzubauen?

Becker: Es gibt für mich drei zwingende Gründe, diese Todesursachenermittlungen zu machen: ethische, wissenschaftliche und rechtsstaatliche. Es gibt keinen einzigen Grund dagegen. Der wissenschaftliche ist offensichtlich: Wir lernen von den Toten und den Krankheitszusammenhängen für die Lebenden. Wir sind derzeit bei den Impfstoffen in einer Versuchsphase und es ist für mich ein Skandal, dass hier nicht entsprechend wissenschaftlich gearbeitet wird.

Die Ethik fordert, dass wir kein Leben opfern dürfen, um möglicherweise ein anderes zu retten. Die Impfung, die noch nicht einmal zu einer sterilen Immunität führt, ist für uns absolut unethisch. Speziell die Impfempfehlung für Kinder macht das deutlich. Diese sind ja kaum von der Krankheit selbst betroffen, sollen aber jetzt — gegen die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) — geimpft werden. Und aus rechtsstaatlicher Sicht besteht der Anspruch, dass jede unnatürliche Todesursache auch aufgeklärt wird. Bis jetzt habe ich beziehungsweise haben wir keinen Grund gefunden, der das entkräften konnte.

Es gibt doch bereits Meldestellen für Verdachtsfälle, die Gesundheitsämter berichten an das Paul-Ehrlich-Institut und es gibt verschiedene staatliche und private Pathologien. Warum ein eigenes Projekt? Wo liegen aus Ihrer Sicht die wesentlichen Defizite?

Becker: Das fängt damit an, dass im Totenschein des Leichenbeschauers kein Platz vorgesehen ist, dass der Tod im Zusammenhang mit einer Impfung stattgefunden hat. Diese Frage ist bei uns nicht Gegenstand der Totenschau, anders als zum Beispiel in Großbritannien. Es ist zwar vorgesehen, dass jeder Impfzusammenhang bei Lebenden und Toten zu melden ist, aber das steht eben nur auf dem Papier und wird nicht gelebt.

Die gesetzliche Vorgabe, nach der Impfung zu fragen, fehlt. Nächster Schwachpunkt ist der Hausarzt, der geimpft hat und von sich aus natürlich nicht so leicht sagen wird: Oh, ich glaube, da habe ich etwas falsch gemacht. So lassen sich die statistischen Unterschiede zu Norwegen und Großbritannien bezüglich der Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen meines Erachtens nach gut erklären.

Aber selbst wenn ein Todesfall korrekt gemeldet wird und es zu einer Untersuchung kommt, sind die Rechtsmediziner teilweise fachlich, personell und von ihrer Ausstattung nicht in der Lage, die notwendige pathologische Untersuchung vorzunehmen. Die Gerichtsmediziner haben sehr viel Erfahrung mit der Klärung von Mordfällen der verschiedensten Art. Eine zielgerichtete wissenschaftliche Feinbefundung im Umfeld von Covid-19 gehört nicht zu ihrem Fachgebiet.

Welche Besonderheiten sind denn zu berücksichtigen? Gibt es da Empfehlungen für die Kollegen in der Rechtsmedizin?

Dr. Weikl: Der Pathologe in dem von uns mitgeförderten Institut hat eine Anleitung erarbeitet, wie die Obduktion erfolgen sollte. Das Hauptaugenmerk bei der Obduktion sollte auf dem thromboembolischen Geschehen liegen und es sollten Analysen in Richtung Makro- und Mikrothromben, Vaskulitis, Myocarditis, besondere Entzündungsreaktionen und Autoimmunreaktionen sowie Fremdmaterial durchgeführt werden. Die Empfehlungen umfassen Hinweise auf die äußere Besichtigung sowie detaillierte Prüfempfehlungen von Thorax, Abdomen, Hirn und verschiedenen Körperteilen, wo Thromben anfallen können.

Darüber hinaus gibt es Vorgaben im Hinblick auf die Probenentnahmen, die neben Routine-Probenentnahmen aus allen Organen erfolgen sollten, sodass diese im neu gegründeten Institut weiter untersucht werden können. Auch die Art der Dokumentation ist spezifiziert und für das weitere Vorgehen gibt es Empfehlungen, die je nach Befund zur Veranlassung weiterführender Untersuchungen durch uns oder kooperierende Speziallabors führen.

Das Projekt wird vom Corona-Untersuchungsausschuss und dem Verein MWGFD finanziell und organisatorisch getragen. Warum engagieren Sie sich hier?

Bhakdi: Es besteht eine dringliche Notwendigkeit, die Todesursachen nach Impfungen aufzuklären, um Klarheit zu gewinnen, ob die Impfung und der Tod eines Menschen in unserem Land ursächlich zusammenhängen. Dieses kann man nur über die pathologische Untersuchung klären. Das ist erstaunlich schwierig zu erreichen, deswegen hat unser Verein mit anderen Verbündeten es in die Hand genommen.

Weikl: Wir glauben, wenn wir den Nachweis erbringen können, dass es aufgrund der Toxinwirkung des

Spikeproteins auf die Gefäße und der damit ausgelösten thromboembolischen und autoimmunen Reaktionen eben zu sehr vielen Impftodesfällen kommt, wir einen wichtigen Beitrag leisten können, dass die Notfallzulassung für diese Impfung hoffentlich baldmöglichst zurückgezogen wird.

Sie machen also nicht nur Obduktionen – habe ich das richtig verstanden?

Weikl: Die Obduktionen werden in der Regel nicht von unserem neu gegründeten Institut ausgeführt, sondern von pathologischen oder gerichtsmedizinischen Einrichtungen vor Ort. Bei der mikropathologischen und immunhistologischen Aufarbeitung im neuen Institut geht es nicht nur darum, nur die Thrombose oder Embolie in den Organen nachzuweisen. Die können ja eventuell auch andere Ursachen haben. Es geht darum, die Reaktionen, die von dem Spikeprotein ausgelöst werden, das ja nach der Impfung von den Endothelzellen, die die Blutbahn auskleiden und auch von bestimmten Leukozyten produziert wird, ursächlich zu belegen, und das nach wissenschaftlichen Standards zu dokumentieren. Dafür müssen wir natürlich zahlreiche Verdachtsfälle ausführlich untersuchen.

Und über die Meldestelle für mögliche Impftote erfahren Sie von den Verdachtsfällen?

Becker: Genau. Die Meldestelle hat sich zum Ziel gesetzt, ein zentraler Anlaufpunkt für die Angehörigen zu sein. Dort können Menschen anrufen, die den Verdacht haben, dass zwischen Impfung und Todesfall ein Zusammenhang besteht. Sämtliche Fälle werden erfasst und die Anrufer erhalten Hilfestellung, wie sie im Einzelnen vorzugehen haben. Wie kann man als Angehöriger beispielsweise erreichen, dass aus einem natürlichen Todesfall ein nicht mehr natürlicher Todesfall wird, so dass dann auch von Polizei und Staatsanwalt die Obduktion veranlasst wird, die von uns durch unsere Anleitungen unterstützt beziehungsweise finalisiert wird?

Auch können wir die notwendigen Schritte einleiten, die aber von der jeweiligen Situation abhängen. Ist der Leichnam noch zu Hause, hat sich der Staatsanwalt bereits eingeschaltet oder ist der Leichnam noch frei und kann in jeder Klinik zunächst mal die Organentnahme nach unseren Vorgaben gemacht werden? Auch können Angehörige bei der Staatsanwaltschaft die Herausgabe der Organproben und rechtsmedizinischen Asservate verlangen und diese an ein pathologisches Institut versenden lassen. Jeder Fall ist vermutlich anders. In Einzelfällen kann ein Angehöriger selber auf eine Obduktion drängen, das ist dann aber zunächst mit Kosten verbunden. Wir werden aber versuchen, hier für jeden Angehörigen eine Lösung zu finden. Hier hat uns der Corona-Untersuchungsausschuss entsprechende Hilfe zugesagt.

Wer gehört alles zu Ihrer Organisation oder besser: Wer ist alles in dieser?

Dr. Weikl: Das sind zum einen die beiden Mitarbeiterinnen an der *Hotline*, die von unserem Verein finanziert werden und für die erste Erfassung und organisatorische Abwicklung zuständig sind. Das Institut wird von einem erfahrenen Pathologen – einem Mitglied unseres Vereins – geleitet. Er wird von einem Team aus Ärzten und Juristen unterstützt, die wir aber derzeit nicht namentlich nennen, damit sie nicht wie Prof. Dr. Klaus Püschel ins Kreuzfeuer der Medien geraten. Er kritisierte im April 2020 in einer Talkshow die ursprüngliche RKI-Empfehlung, eine innere Leichenschau und Autopsien auf ein Minimum zu beschränken. Das führte zu erheblichem medialen Aufruhr. Unser Team soll sich möglichst ungestört um seine originäre Aufgabe kümmern können. Professor Bhakdi, ich und viele andere Kritiker dieser Impfungen haben leider selbst erleben müssen, was es bedeutet, medial diskreditiert zu werden.

Wie erreicht man die Meldestelle und an wen richtet sich das Angebot? Kann sich dort jeder melden?

Becker: Per E-Mail erreicht man die Meldestelle unter *meldestelle@mwgfd.de*, telefonisch von 9 bis 11 Uhr sowie 17 bis 20 Uhr unter *0049 851 2009 1430*. Für die Angehörigen ist es wichtig, schnell auf Hilfe zurückgreifen und ihr Anliegen bei der *Hotline* sofort artikulieren zu können. Unser Angebot richtet sich zunächst an den ganzen deutschsprachigen Raum, das kann aber bei Bedarf auch ausgebaut werden. Das hängt natürlich auch mit der finanziellen Ausstattung des Institutes zusammen. Jetzt starten wir erst einmal und sorgen dafür, dass die Zusammenarbeit mit den gerichtsmedizinischen Instituten, Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden möglichst reibungslos funktioniert. Dann sehen wir weiter.

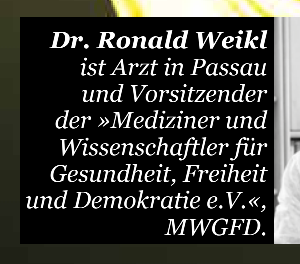
Können Sie abschließend Ihre Forderungen an die Politik noch kurz zusammenfassen?

Becker: Neben der bereits erwähnten Einführung eines wissenschaftlich basierten Überwachungssystems nach Impfungen fordern wir die Erweiterung des Totenscheines. Dort müssen das Datum der Impfung, der Name und die Chargennummer des Impfstoffs eingetragen werden. Kann ein Impfzusammenhang nicht ausgeschlossen werden, ist zu obduzieren. Dabei sind ausnahmslos alle im zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen Verstorbenen auf einen Zusammenhang zwischen Impfung und Todesfolge zu obduzieren. Der Verdacht der Vereitelung von Aufklärung muss zweifelsfrei ausgeräumt werden. Sollte die toxische Wirkung des Spikeproteins bestätigt werden, sind sämtliche Zulassungen mit sofortiger Wirkung zurückzuziehen, die Impfungen an der Bevölkerung sofort zu beenden.

Was ist noch Wissenschaft – wo rohe Kräfte sinnlos walten?

Hier: Athene, Göttin der Aufklärung und des Rechts in einer Darstellung aus dem 19. Jahrhundert des Bildhauers Leonidas Drosis. Die Statue steht vor der Akademie der Künste in der griechischen Hauptstadt.

Seitengestaltung DW/ mit Bildmaterial von Johnny Rottweil. Grafiken: DW/Andrea Drescher.



Dr. Ronald Weikl *ist Arzt in Passau und Vorsitzender der »Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.«, MWGFD.*



Elmar Becker *ist Volljurist und bringt seine Expertise beim juristischen Verein Klagepaten ein.*

Prof. Sucharit Bhakdi *ist Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie. Er war von 1991 bis 2021 Leiter des Instituts für Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz.*



Altpapier wird in Deutschland in der blauen Tonne entsorgt. Größere Mengen können direkt bei den lokalen Wertstoffhöfen abgegeben werden. *Foto: commons (gemeinfrei)*

»Geht lernen, ihr Heuchler!«

Nach 16 Monaten der politischen Gleichschaltung inszenieren sich die Mainstream-Medien nun als investigativ und kritisch. | Von Tom J. Wellbrock

Da sind sie! Ganz plötzlich. Scheinbar aus dem Nichts tauchen kritische Medienberichte auf, die sich mit der Corona-Politik beschäftigen. Man könnte dieses Verhalten als »Investigativ-Falle« bezeichnen. Oder als dummen Versuch, sich reinzuwaschen.

Schauen wir uns also einmal die merkwürdige Wandlung unserer »Qualitätsmedien« an. *T-Online* fragte Ende Mai 2021 besorgt: »Waren die Corona-*Lockdowns* überflüssig?« Später heißt es im Artikel: »Allein: War und ist der *Lockdown* nötig? Was bringt er wirklich? Diese Fragen zu stellen, war lange ein Tabu. Nur zu schnell galt als Corona-Skeptiker, wer etwa den Sinn von Laden- oder Kitaschließungen anzweifelte.«

Und tatsächlich, so war und so ist es. Nur: Wer ist denn in erster Linie dafür verantwortlich, dass Menschen zu »Corona-Skeptikern« oder gleich zu »Corona-Leugnern« gemacht wurden, wenn sie sich kritisch äußerten oder Fragen stellten? Es war unter anderem *T-Online*, aber natürlich nicht nur *T-Online*. Nahezu alle anderen *Mainstream*-Medien bliesen in dasselbe Horn und waren ganz schnell zur Stelle, wenn es darum ging, Corona-Leugner, Verschwörungstheoretiker, Nazis, Schwurbler und Antisemiten auszumachen.

Lockdowns? Ja, bitte, aber ein bisschen härter als das, was vorgesehen ist. Das war über 15 Monate (mehr oder weniger) der Tenor der Medien, schon fast ein Fetisch. Selbst politische *Hardliner* wirkten zuweilen so, als sei ihnen die Vehemenz der Medien nicht ganz geheuer. Von der Inkompetenz und der Bereitschaft, sich selbst zu bereichern, einmal abgesehen, war es längst nicht immer die Politik, die die Maßnahmen noch strenger gestaltete, als nötig gewesen wäre. Es waren die Medien, die die Politik vor sich hergetrieben haben. Nicht umgekehrt.

Hier geht es nicht um die Entschuldigung der Politiker, die ein ganzes Land lahmgelegt haben, und die womöglich (wahrscheinlich) dafür nicht einmal zur Rechenschaft gezogen werden. In letzter Konsequenz hat die Politik zu verantworten, was sie angerichtet hat, egal, wer sie dabei wohlwollend begleitet hat oder unbequem im Weg stand. Das entlässt jedoch die Medien nicht aus ihrer Verantwortung.

WAS STIMMT NICHT MIT DEN ZAHLEN?

Anfang Juni 2021 (!) befasste sich das *ZDF-Morgenmagazin* mit den Corona-Todesfallzahlen. Und kam zum Schluss, dass da womöglich etwas nicht stimmt. Das dazugehörige Video bekam den Titel »Ungereimtheiten bei den Corona-Zahlen: Experten kritisieren Statistik«. Im Filmbeitrag stellt sich heraus, dass womöglich Menschen als »Corona-Tote« aufgeführt wurden, die im Grunde gar keine waren. Da fragt man sich als Corona-Skeptiker der ersten Stunden: Wirklich? Was für eine Überraschung!

Auch die weiteren Fragen, die das »investigative« *ZDF* stellt, sind zwar nicht neu, überraschen die Crew um Dunja Hayali aber offensichtlich sehr. Hayali gehörte übrigens zu den schlimmsten Hetzerinnen, die jede Corona-Demo als Ansammlung ganz schlimmer Demokratiefeinde und Corona-Leugner einordnete. Dass ausgerechnet das *Morgenmagazin* jetzt die Fragen stellt, die Kritiker seit mehr als einem Jahr stellen, grenzt an eine Mischung aus Infantilität und Ignoranz.

DIE LABOR-VERSCHWÖRUNG

Wer vor einem Jahr laut darüber sinnierte, ob Corona vielleicht das Ergebnis von Laborversuchen ist, musste sich warm anziehen und ein möglichst schnelles Pferd besteigen. Denn er wurde ganz schnell als Trottel beschimpft, der zu viele schlechte Filme sieht oder sich von Schwurbler-Seiten im bösen Internet verführen lässt.

Heute sieht die Sache etwas anders aus. Und Ende Mai 2021 hat sich dann auch *NTV* des Themas angenommen: »Sars-Cov-2 in Wuhan kreiert? Weitere Studie erhärtet Laborunfall-Verdacht.« Gleich in der Einführung heißt es dann: »Wie entstand der gefährliche Erreger Sars-Cov-2? Diese Frage beschäftigt seit fast anderthalb Jahren die Welt. Während die überwiegende Mehrheit in Wissenschaft und Politik davon ausgeht, dass der Virus auf natürliche Weise auf den Menschen übersprang, mehren sich die Stimmen, die an einen anderen Ursprung glauben.«

Womit wir gleich wieder den ersten Fehler finden: Nein, nicht die ganze Welt hat sich mit der Frage nach einem Laborversuch beschäftigt. Das war lange Zeit verboten, und wer es doch versuchte, war schneller ein Schwurbler, als ein Lämmlein mit dem Schwanz wackeln kann. Der Text von *ntv* offenbart aber einmal mehr die unseriöse und oberflächliche Arbeit der Medien. Man erkennt das unmissverständlich am letzten Absatz des Artikels: »Die US-Geheimdienste sollen nun Präsident Biden binnen drei Monaten einen neuen Bericht zu der Frage vorlegen, ob der Ausbruch der Pandemie auf eine Übertragung des Virus von Tier zu Mensch zurückgehe oder auf einen Laborunfall. Bei den US-Geheimdiensten herrsche derzeit Uneinigkeit in der Frage, welches Szenario wahrscheinlicher sei, erklärte das Staatsoberhaupt am Mittwoch.«

Sind die US-Geheimdienste eine sichere und seriöse Quelle? Nein, sie lügen als oberste Aufgabenstellung. Ist Biden es? Wohl kaum. Zudem: Selbst wenn der Virus aus dem Labor in Wuhan kam, bedeutet das nicht zwingend, dass die Chinesen dafür verantwortlich sein müssen. Es reicht in diesem Fall sogar die Wikipedia zu bemühen, um festzustellen, dass die USA ihre Finger tief im Wuhan-Salat haben.

UND SONST SO, LIEBE MEDIEN?

Die Verantwortung der Medien lässt sich nicht einfach vom Tisch wischen, selbst wenn zu befürchten ist, dass auch in diesem Fall – ähnlich wie in der Politik – niemand zur Rechenschaft gezogen wird. Die Medien haben ihren Anteil am Leid der Kinder, an wirtschaftlichen Desastern, an Insolvenzen, Suiziden, einsamen Toden alter Menschen, an Gewalt in Familien, Suchtproblemen, einer nahezu ausradierten Kunst- und Kulturlandschaft, sogar am weltweit zunehmenden Hunger durch die Corona-Politik und vielem mehr.

Sie wollen es wohl, aber sie können diese Verantwortung jetzt nicht einfach wegschreiben, wiedergutmachen. Es ist wie mit dem Tisch im Restaurant, der einmal nicht besetzt werden kann. Wie viele Kunden später auch immer an diesem Tisch Platz nehmen, niemand von ihnen kann den ehemals durch Befehl angeordneten leeren Tisch wieder füllen. Der Umsatz ist weg und kann nicht wieder zurückgeholt werden.

GEHT LERNEN, IHR HEUCHLER!

Was bleibt am Ende als Zwischenbilanz übrig, wenn wir über die Medien sprechen? Sie haben versagt, und zwar nahezu auf ganzer Linie. Sie haben Kritik vermissen lassen, haben schlampig oder gar nicht recherchiert. Sie haben Hetzjagden betrieben, die die trafen, denen man in vielen Fällen im Nachhinein Recht geben muss. Sie waren starr und bewegungslos, haben zu keinem Zeitpunkt eine Entwicklung gezeigt, und wenn, dann eine erschreckende und undifferenzierte.

Sie haben nicht deeskaliert, sondern eskaliert, und zwar ohne Unterlass. Sie haben den von Merkel auserwählten Wissenschaftlern nach dem Wort geredet, andere Stimmen ignoriert und/oder diffamiert, sie haben in keinster Weise zu einem konstruktiven Verlauf beigetragen, und wenn sie die Politik kritisiert haben (was sehr oft vorkam), dann immer, um die Botschaft zu transportieren: Länger. Härter. Strenger.

Eigentlich gehört der größte Teil unserer sogenannten Qualitätsmedien für ein paar Jahre auf die »stille Treppe«, wo sie sich einmal ein paar Gedanken machen können, wie man seriösen Journalismus betreibt. Frühestens nach einem Jahr gibt es dann abends mal ein Eis, nach zwei Jahren einen PC, aber bis zum dritten Jahr ohne Tastatur. Es wird natürlich anders kommen. Und Gnade uns Gott (oder wer auch immer), wie die schreibende und talkshowende Journalistenzunft mit der nächsten Krise umgehen wird.

Dieser Text erschien zuerst auf *neulandrebellen.de* und liegt als Audio abrufbar auf dem Portal *KenFM.de* vor.

DW-BESTSELLERLISTE

Rezensionsexemplare bitte schicken an
Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Schwarzbuch Corona. Zwischenbilanz der vermeidbaren Schäden und tolerierten Opfer
Berger, Jens

Westend Verlag
ISBN: 978-3-86489-343-8



Politische Köpfe im Porträt. Galerie der Systemkritik aus Journalismus, Wissenschaft und Politik
Geschwendeter, Björn (Hrsg)

Promedia Verlag
ISBN: 978-3-85371-482-9



Corona-Angst. Was mit unserer Psyche geschieht
Czycholl, Aaron B; Czycholl, Dietmar; Maaz, Hans-Joachim

Frank & Timme
ISBN: 978-3-7329-0723-6



Freiheit in der Krise. 48 andere Ansichten
Heil, Alexander

erhältlich unter: https://www.freiheit-in-der-krise.de/



Hitlers amerikanische Lehrer. Die Eliten der USA als Geburtshelfer der Nazi-Bewegung
Ploppa, Hermann

Liepsen Verlag
ISBN: 978-3-9812703-3-4



Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie
Kreilinger, Verena; Wolf, Winfried; Zeller, Christian

PapyRossa Verlag
ISBN: 978-3-89438-739-6



Die größte Chance aller Zeiten. Was wir jetzt aus der Krise lernen müssen und wie Sie vom größten Vermögenstransfer der Menschheit profitieren
Friedrich, Marc
Finanzbuch Verlag
ISBN: 978-3-95972-457-9



Zwei Tage in Berlin. Fest für Frieden und Freiheit
Henkelmann, Hannes

Driediger Verlag
ISBN: 978-3-932130-63-2



Corona und andere Verbrechen. Satiren, Fakten, Enthüllungen
Steiner, Nicola

Bookmundo
ISBN: 978-94-036-1928-6



Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist
Van Reybrouk, David

Wallstein Verlag
ISBN: 978-3-8353-1871-7

MAINSTREAM ODER NO-STREAM

Die Streaming-Plattform Spotify löschte das chartstürmende Album »Alchemist« des systemkritischen Rappers Kilez More. | Von Nicolas Riedl

Der Wiener Truth-Rapper Kilez More bewies 2017, wie man mit systemkritischer Musik die Charts stürmen und dem Erfolg zum Trotz von sämtlichen Mainstream-Medien ignoriert werden kann. Vier Jahre später löscht *Spotify* das Album auf seiner Plattform. Auf Nachfrage beim Künstler teilte dieser mit, dass das Album – welches nach eigenen Aussagen sein »Opus Magnum« darstellt – selbst 2021 immer noch kräftig *gestreamt* wurde. Der Schaden ist daher nicht unerheblich.

Spotify begründete die Löschung damit, das Album beinhalte unangemessenen Inhalt. Interessant! Lieder über Koks, Nutten und Gewalt finden sich auf der *Streaming*-Plattform noch zuhauf.

Warum löscht Spotify dieses Album ausgerechnet jetzt, 2021? Ein erneutes Reinhören zeigt, wie gut dieses Werk gereift ist. Tatsächlich sind manche *Tracks* mittlerweile aktueller als zum Zeitpunkt der Studioaufnahme. »Lasst die Kinder frei« ist angesichts der sich heute zutragenden Maskenfolter an Kindern und der Drohung, diese mit ungetesteten Gen-Spritzen zu zerstechen, tausendfach brisanter als noch 2017. Aus »Mediale Kugeln« wurde mittlerweile ein nicht abreißender medialer Kugelhagel. Beim Verfassen des Textes zu »Bullshit« konnte der Wiener wohl noch nicht ahnen, welch bizarre Blüten die Propaganda ab 2020 treiben würde. Der abschließende Track auf dieser Scheibe hört auf den Namen »Panazee« (deutsch: Allheilmittel). Auf diesem letzten Track entlässt Kilez den Hörer mit hoffnungsvollen Versen und einer vor Energie sprühenden Lebensweise, vor der Lauterbach unentwegt warnen würde.

RETROACTIVE CANCEL CULTURE

Das rückwirkende *Canceln* des Albums zeigt abermals, wie sehr wir von monopolistischen Digitalplattformen abhängig sind. Im Falle von Spotify trifft dies insbesondere die Rap-Szene. Schon seit Jahren zählen *Streams* deutlich mehr als physikalische CDs. Musiker sind von diesen Plattformen abhängig – besonders in Zeiten, in denen Konzerte verboten sind. An Kilez More wird derzeit versucht, ein Exempel zu statuieren. Es sollen nun nicht nur unangenehme Sichtweisen und Fakten *gecancelt* werden, sondern auch politisch unangenehme Musik. In der Demokratiebewegung müsste eine Debatte darüber angestoßen werden, wie Musiker in der analogen Welt wieder vermehrt unterstützt werden können. Der Corona-Kult möchte jegliche Konträrkultur abtöten, die einen lebensbejahenden Gegenentwurf bereithält. Weisen wir diesen Totenkult in seine Schranken!



SPORT MIT BERTHOLD

WEMBLEY

Rückblickend auf das Achtelfinalspiel gegen England muss sich Bundestrainer Jogi Löw die Frage stellen lassen, warum er erst in der 92. Minute beim Stand von 0:2 einen Stürmer – Musiala – einwechselte.

Der deutsche Fußball hat nach dem WM-Sieg 2014 nun bei der Europameisterschaft 2021 den Tiefpunkt erreicht. Für mich ist das keine Überraschung, denn es fehlte ein Korrektiv zu Teamchef Löw und Manager Oliver Bierhoff. Spätestens seit dem Vorrundenaus bei der Weltmeisterschaft in in Russland 2018 begann zudem eine emotionale Entbindung der Fans. Es ist Zeit: Der DFB braucht eine tiefe Zäsur! Jahrelange Klüngelei im Verband und in der Nationalmannschaft hat dazu geführt, dass Inszenierung und Kommerzialisierung in den Vordergrund rückten. Die zurückliegenden 16 Coronamonate haben zudem zu Tage treten lassen, dass der Profifußball noch immer in seiner eigenen »Blase« verweilt. Und nun lässt sich der Profifußball auch noch mit Gesten und Zeichen wie Kniefall oder Regenbogenbinde von der Politik instrumentalisieren. – Vermisst wird: Eine Mannschaft mit Biss.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Bis zum umfassenden Sieg

JEDEN SAMSTAG DEN WIDERSTAND IM KASTEN!

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. 2021 und 2022 wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen!

Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben.

SO GEHT ES:

1. **Ein Jahresabonnement abschließen auf unseren Seiten demokratischerwiderstand.de**

oder

2. **Ein Quartalsabo abschließen auf unseren Seiten demokratischerwiderstand.de**

oder

3. **Fünf Ausgaben per Postbestellung.**

DW-Magazin erschienen

DIE JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG



Die größte Bewegung der deutschen Geschichte von März 2020 bis März 2021, u. a. mit Originalbeiträgen von Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Giorgio Agamben, Casey Koneth, Batseba N'Diaye, Nicolas Riedl, Anselm Lenz und dem Besten der DW-Fotografen. Gestaltung: Jill Sandjaja. Ein Vollfarb-Heft mit 148 Seiten., das nicht zur Selbstzufriedenheit aufruft, sondern den Aufbruch in unsere demokratische Zukunft einleitet.

DAS DW-JAHRESMAGAZIN IST ZU BESTELLEN AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 10,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________________

TELEFON + E-MAIL ______________________________

STRASSE, HAUSNUMMER ______________________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________________

K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16
10211 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

VOR DEM SKLAVEN, WENN ER DIE KETTE BRICHT, VOR DEM FREIEN MENSCHEN ERZITTERT NICHT.
FRIEDRICH SCHILLER

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 53. Ausgabe ab Samstag, 3. Juli 2021. | Redaktionsschluss war am 1. Juli, 5:45 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Aya Velázquez, Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.